

Bezugspreis:
Vierteljahr 1,50 M., monatlich 50 Pf. —
frei ins Haus, portofrei zahlbar. —
Jahrespreis 5,00 M., einjährig 10,00 M.,
zweijährig 18,00 M., dreijährig 25,00 M.,
vierjährig 32,00 M., fünfjährig 38,00 M.,
sechsjährig 44,00 M., siebenjährig 50,00 M.,
achtjährig 56,00 M., neunjährig 62,00 M.,
zehnjährig 68,00 M. —
Für das Ausland: England, Frankreich,
Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Japan,
Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz,
Südafrika, Tschechoslowakei, Ungarn, USA,
Vereinigtes Königreich, etc. —
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage
„Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage
„Heimwelt“ und der Beilage „Erdkunde und
Reisegeschichte“ erscheint wöchentlich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Anzeigenzeile kostet 16 Pf. —
„Kleinanzeigen“ das sechste Teil davon.
Wort 4 Pf. (zwei spaltig zwei sechste
Teile davon), jedes weitere Wort 2 Pf. —
Stellenangebote und Schulstellenanzeigen das
erste Wort 2 Pf., jedes weitere Wort 1 Pf. —
Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei
Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten
Zelle 8 Pf. —
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Morianplan 15195-97
Expedition Morianplan 11753-54

Sonnabend, den 10. Juni 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Morianplan 11753-54

Zunächst nur kleine Anleihe.

Die Mitteilungen über die Beratungen des Anleihekomitees in Paris sind äußerst widerspruchsvoll. Auch heute hat die Pariser Presse ihr Ziel, das Morgan-Komitee als tot erscheinen zu lassen, noch nicht aufgegeben. Soweit sich die Beratungen nach den Berichten der Pariser Presse übersehen lassen, scheint sicher, daß die große Anleihe infolge der Haltung der französischen Regierung vorläufig noch nicht zustande kommt, sondern für diese Anleihe während der jetzigen Beratungen nur die Bedingungen ausgearbeitet werden, der „Kartellismus der Reparationsfrage“. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen scheint vorläufig noch der Plan einer Ubergangsanleihe von einer Milliarde Dollar zu stehen, ebenso ein englischer Plan, der die deutsche Zahlung herabsetzen will, ohne die Gesamtsumme der Schulden zu verringern. Gegen diese kleine Anleihe protestiert ein Teil der Pariser Presse, weil Frankreich davon keinen direkten Nutzen haben würde.

Mailand, 9. Juni. (EP.) Nach dem Pariser Vertreter des „Corriere della Sera“ geht die allgemeine Meinung dahin, daß der Bankierauschuh die Gewährung einer verhältnismäßig geringen Anleihe von höchstens einer Milliarde Dollar an Deutschland vorschlägt, um Deutschland die im Laufe des Jahres fälligen Zahlungen zu ermöglichen. In diesem Falle würden die Bankoperationen direkt zwischen den fremden Bankiers und Deutschland ohne jede Garantie der Alliierten geführt werden.

Luzern, 9. Juni. (EU.) Nach einer Pariser Meldung der „Stam-pa“ soll der Plan des Anleihekomitees dahin gehen, Deutschland nicht nur 4-5, sondern 35 Milliarden für 30 Jahre zu leihen. Hierdurch soll Deutschland in die Lage versetzt werden, seine jetzigen und zukünftigen Verpflichtungen zu erfüllen und man will dadurch auch die Finanzen der Alliierten ins Gleichgewicht bringen. Die Bankiers mit Morgan an der Spitze sollen bereit sein, für dieses Geschäft auf jede Provision zu verzichten.

Die Reise nach Berlin.

Paris, 9. Juni. (EC.) Das Organ-Komitee trat heute nachmittags unter dem Vorsitz des Franzosen Moutet zusammen und besprach die Frage seiner Ueberführung nach Berlin zur Einsetzung der Kontrolle über die deutschen Finanzen. Voraussichtlich wird beschlossen werden, daß das Komitee im Laufe der kommenden Woche nach Berlin reist, wo es einen längeren Aufenthalt nehmen dürfte.

Frankreichs Absichten.

Paris, 9. Juni. (EP.) Der offizielle „Temps“ schreibt: Wir wollen nicht, daß man genehmigt unter den Alliierten an eine Herabsetzung der deutschen Reparationsschuld schreibt oder daß man eine solche verspricht, und zwar aus folgenden Gründen: 1. Es ist unmöglich, genehmigt die Zahlungsfähigkeit abzuschätzen, die Deutschland in einigen Jahren haben wird? 2. Es gibt in Deutschland genügend Sicherheiten, um jetzt schon eine Anleihe auszugeben, ohne daß zuvor der Betrag der Reparationen herabgesetzt wird. Frankreich will sich nicht einer Kombination anschließen, wodurch die Ausgabe einer Anleihe der Herabsetzung der deutschen Schulden und diese der Herabsetzung des amerikanischen Guthabens untergeordnet ist. Es würde als ein Druck der europäischen Nationen auf Amerika erscheinen. Wir sind der Ansicht, daß die Nationen zusammenarbeiten sollen, um alle Schulden zu bezahlen (durch Milliardenverpflichtung für die Zahlung) und nicht, um diese zu verweigern. Wir hoffen, daß unsere Haltung in Washington verstanden wird. Wir wollen weiter, daß Frankreich und Belgien bis zum Schluß der Bezahlung der Reparationen zusammengehen. Wir verstehen die Versuche, die gemacht werden, beide voneinander zu trennen, indem Belgien sofortige finanzielle Vorteile versprochen werden. Belgien würde seine Priorität bekommen. Aber dieses Vorgehen würde es den Rest seines Guthabens kosten. Wir wollen außerdem, daß Deutschland seine Finanzen sanieren kann, daß ein neuer Sturz der Welt verhindert wird und daß die von der Reparationskommission geforderten Maßnahmen und insbesondere die Finanzkontrolle zur Durchführung gelangen. Wenn das Komitee Morgan eine beschränkte Anleihe beschließen würde, so würden wir uns freuen, wenn zwei Bedingungen erfüllt werden: 1. der Betrag sollte nicht so gerechnet werden, daß die belgischen von den französischen Interessen getrennt würden und daß eine Verkürzung des belgischen Guthabens vorbereitet würde; 2. es soll so verstanden sein, daß die Ausgabe einer Anleihe die von der Reparationskommission geforderten Maßnahmen voraussetzt und insbesondere die Einstellung der Banknotenausgabe und die Einziehung der Finanzkontrolle in Deutschland. (Dem letzteren soll ja die Berliner Reise des Morgan-Komitees gelten! Red.)

Das oppositionelle Budapest.

Budapest, 9. Juni. (MTB.) Nach den endgültigen Wahlergebnissen wurden bei den Budapest Wahlen dreizehn Sozialdemokraten, sieben Christdemokraten, fünf Mitglieder der regierungstreuenlichen Wollpartei, drei Mitglieder der habsburgischen Andraßpartei, ein Christlich-Sozialer und ein Regierungsparteiler gewählt.

Das polnische Wahlgesetz.

Der Warschauer „Robotnik“ (Der Arbeiter) bringt einen Auszug der polnischen sozialdemokratischen Partei gegen das Wahlgesetz. Das Wahlrecht zum neuen Sejm bedeute die vollständige Unterdrückung der Gleichberechtigung aller Bürger und die Verfälschung des wahren Volkswillens. Es müsse daher energischen Protest in der Arbeiterklasse finden.

Wie bekannt, haben sich die nationalen Minderheiten in Polen energisch gegen die Einführung dieses Wahlgesetzes gewehrt.

Der Ansturm auf Pilsudski.

Warschau, 9. Juni. (DE.) Im Seniorenkongress des Sejms verlor der Staatschef Pilsudski eine Erklärung über die Gründe der Regierungskrise: Der Staat trete in ein Stadium des Wahlsiebers, das auf dem Hintergrund einer schwankenden öffentlichen Meinung und einer unregelmäßigen außenpolitischen Lage doppelt gefährlich sei. Demgegenüber habe die Regierung Pilsudski keine genügende Autorität besessen und öfter an ihm, dem Staatschef, Rückhalt gesucht, während er selbst aus Grund seiner Stellung eines Rückhaltes an der gesetzlichen Autorität der Regierung bedürfe. — An diese Erklärung knüpften die Abgeordneten eine Art Kreuzverhör durch Fragen, deren Beantwortung den Staatschef in Anbetracht seiner staatsrechtlichen Stellung in eine überaus unbehagliche Lage bringen mußte. Insbesondere fragte die Rechte, ob die Erhöhung der Militärkredite und die Verstärkung der Macht der militärischen Stellen bei der Krise eine Rolle gespielt habe, was Pilsudski verneinte, wenn auch nicht in ganz bestimmter Form. Zum Schluß bemerkte Pilsudski zum Sejmarschall Trompczynski (dem gemeinsamen Führer der Polenfraktion im preussischen Reichstagshaus), er halte es künftig für erwünscht, daß Fragen vermieden würden, welche eine reizbare Stimmung hervorzurufen könnten. Nach anschließender längerer Konferenz mit dem zurückgetretenen Ministerpräsidenten Bonikowski lehrte Pilsudski ins Betreffende zurück. Vor Schluß der Sitzung des Seniorenkongresses ging noch ein Schreiben Bonikowskis ein, worin dieser als Grundlage des Konfliktes angibt, daß der Staatschef die allgemeinen Mängel der Staatsmaschine, die ungenügende Anpassung der Zivil- an die Militärbehörden und die unbestimmte staatsrechtliche Lage der obersten Militärstellen gerügt habe. Die Beratung im Seniorenkongress hat somit die Lage nicht geklärt. Diejenigen Gruppen, welche den ganzen Zwischenfall zu einer großen politischen Niederlage Pilsudskis ausnützen wollen, wünschen die Angelegenheit vor den Sejm zu bringen, der zurückgetretenen Regierung ein Vertrauensvotum zu erteilen und Bonikowski aufs neue mit der Regierungsbildung zu betrauen. Anscheinend wünscht aber Bonikowski selbst eine solche Blamage Pilsudskis nicht, so daß eine Kompromißlösung immer noch möglich erscheint.

Die Parlamentsmehrheit hatte leithin den sozialistischen Antrag zugunsten einer Selbstregierung des militärisch besetzten, aber Polen noch nicht zugesprochenen Ostgalizien abgelehnt. Dieser neue Beweis des rückfälligen nationalistischen Herrschaftswanges der bisherigen Mehrheitsparteien soll zum Ausbruch der Krise wesentlich beigetragen haben. Es läßt sich denken, daß die Verweigerung der Selbstregierung an Ostgalizien, dessen ukrainisches Völkchen im Gegensatz zu den polnischen Großgrundbesitzern steht, nicht dazu beitragen wird, dort die „Treu zu Polen“ zu stärken. Und da man in Warschau ständig einen Angriff Sowjetrußlands befürchtet (wie in Moskau den Angriff Polens), so könnten solche Erwägungen die verantwortliche Regierung eigentlich schon mit Grausen vor ihrer Wehrheit erfüllt haben.

Sowjetrußland und Frankreich.

Französische Zeitungen veröffentlichen einen Briefwechsel zwischen dem Präsidenten der Sowjet-Union Kowalew und dem Vorsitzenden des Pariser ukrainischen Nationalkomitees Martotum, der im Einvernehmen mit der französischen Regierung die Dienste des ukrainischen Nationalkomitees, das jede Interventionen ablehnt und dessen Hauptziel die französisch-ukrainische Annäherung ist, zur Herbeiführung einer Annäherung zwischen Frankreich und der russisch-ukrainischen Föderation anbietet. Der Vorschlag Martotums wird von Kowalew angenommen, der wörtlich erklärt, daß er die Bemühungen Martotums im Interesse einer freundschaftlichen Annäherung zwischen Frankreich und der russisch-ukrainischen Föderation besonders würdigt, eine Annäherung, die, wie aus dem Briefe Tschitscherins an Barthou hervorgeht, gleichermaßen von der Ukraine und Rußland gewünscht wird. „Am besonderen“, fährt Kowalew fort, „ist die Unterstützung der ukrainischen Sowjetregierung im voraus sichergestellt für alle diejenigen Personen, die das ukrainische Nationalkomitee in die Sowjetrußland entlassen wird, um dort in voller Sicherheit ihre den Interessen beider Länder förderliche Mission zu erledigen.“ Dieser Briefwechsel ist vom 11. Mai d. J. datiert und fand nach Abschluß des Rapallo-Vertrages statt. Martotum ist seinerzeit mit Wrangel verbündet gewesen und unterhält gegenwärtig rege Beziehungen zum französischen Außenministerium. Aus Veröffentlichungen russischer Zeitungen geht hervor, daß Martotum in Genua als Mittelsperson und im Auftrage der französischen Regierung verhandelt hat.

Die Qual der Wahl.

Unstimmigkeiten im Lager der Monarchisten.

Das „Deutsche Abendblatt“, das den rechten deutschvölkischen Flügel der Deutschnationalen vertritt, macht sich endlich an die bittere Aufgabe, das Kronprinzenbuch zu besprechen. Bitter, weil die extreme Rechte mit ihrem einstigen Liebling innerlich zerfallen ist, seitdem dieser liberal und modern zu schillern versucht (es ist freilich nur ein Schillern) und nicht einmal mehr zu den unbedingt Dolchstoßgläubigen gehört. Der Verfasser des Artikels gesteht, daß er um den Inhalt des Buches und die Person des Kronprinzen schwer gerungen habe. Aber eine ernsthaft Auseinandersetzung mit dem Kronprinzenbuch könne das Werk nicht als „Ding an sich“ behandeln, sondern müsse notgedrungen auf die Person des Verfassers und seine eventuelle künftige Bedeutung zurückgreifen.

Mit der „eventuellen künftigen Bedeutung“ ist natürlich die Frage gemeint, ob der ehemalige Kronprinz für die Deutschvölkischen als Thronpräsident in Betracht kommt. Diese Frage wird im „Deutschen Abendblatt“ sehr ausgiebig untersucht, wobei der Verfasser gleich zu Anfang festlegt, daß die völkische Bewegung „stark zerplittert“ sei. Allerdings stehe sie „mit Ausnahme einiger weniger Augenzeiter“ entschieden auf dem Boden der monarchischen Staatsform. (Woraus indirekt hervorgeht, daß es sogar unter den Nationalisten einige Republikaner geben muß.) Aber, so erfährt man aus dem Artikel weiter, mit dem Stehen auf dem Boden der monarchischen Staatsform ist noch gar nichts getan, hier beginnen erst die eigentlichen Meinungs-differenzen.

Da sind beispielsweise einige Gruppen, die „unter dem Eindruck der Ereignisse des 9. November an der Führergewalt des Hohenzollernhauses irre geworden sind“ und die den Thron der restaurierten Monarchie einem andern deutschen Fürstentum zusprechen möchten, sei es dem Fürsten, der zuerst aus eigener Kraft wieder den Thron seiner Väter zurückerobert, sei es, der in einer Volksabstimmung (!) als der Würdigste befunden wird. Gemeint sein dürften in erster Linie damit die Anhänger einer Thronkandidatur Wittelsbach.

Aber auch unter den weit zahlreicheren Deutschvölkischen, die für die Rückkehr der Hohenzollern auf den Kaiserthron eintreten, herrscht durchaus absolute Uneinigkeit. Der Verfasser im „Deutschen Abendblatt“ setzt auseinander, daß die Deutschvölkischen nicht zu verwechseln sind mit den ehemaligen Konservativen, die zwar auch auf dem rechten Flügel der Deutschnationalen stehen, aber doch anders gerichtet sind. Die Konservativen sind strenge Legitimisten. Für sie ist Wilhelm noch immer der rechtmäßige Kaiser, oder aber, soweit sie keine und des Kronprinzen Abdankungserklärung als gültig betrachten, ist es der älteste Sohn des Kronprinzen. Die Deutschvölkischen dagegen erkennen zwar auch die Bedeutung des Legitimitätsprinzips an, halten aber Abweichungen von der Regel für möglich und treten deshalb weder für Wilhelm, noch für den Kronprinzen, noch für den ältesten Kronprinzensohn, sondern für einen anderen kaiserlichen Prinzen oder eine Nebenlinie des Hauses ein.

Wir haben hier also das vollendete Durcheinander. Wir sehen zunächst in der Deutschnationalen Partei drei Gruppen: die gemäßigten Deutschnationalen unter Hergt und Helfferich, die Deutschvölkischen unter Wulle und Maurenbrecher und die Altkonservativen unter Heydebrand. Noch unklarer wird das Bild bei der Stellungnahme zur Monarchie: Wir haben hier Anhänger eines Kaiserthums durch Volksabstimmung, Anhänger einer Kaiserdynastie Wittelsbach, Anhänger einer Dynastie aus der Seitenlinie der Hohenzollern und strenge Legitimisten, von denen wieder ein Teil Wilhelm selber, ein Teil seinen Sohn, ein Teil seinen Enkel als den rechtmäßigen Monarchen anerkennt.

Nun sind das ja alles theoretische Doktorfragen und werden es hoffentlich durch die Wachsamkeit der Arbeiterschaft auch fernerhin bleiben. Aber aus allem erhellt doch, daß die Wiederaufrichtung der Monarchie ihren eigenen Anhängern viel mehr Kopfzerbrechen macht, als sie gemeinlich nach außen hin erkennen lassen. Selbst ein eingekerkelter Monarchist wie der Graf Reventlow hat des öfteren erklärt, daß die Monarchie nicht einfach wieder aufgerichtet werden könnte, „wie ein umgekippter Stuhl“. Wir brauchen übrigens bloß nach Ungarn zu blicken, um ein ganz ähnliches Dilemma der Monarchisten zu sehen.

Aus allem geht aber hervor, daß der größte Teil der Monarchisten in der Theorie gar keine Monarchisten mehr sind. Denn die alte Monarchie beruhte auf dem Gedanken des „Gottesgnadentums“, wonach Gott selber durch das Mysterium der Erstgeburt die Person des Monarchen bestimmte. Eine Monarchie „zum Ausuchen“, bei der willkürlich aus einer Anzahl Bewerber der Geeignete gewählt wird, tastet an die Grundlagen des monarchistischen Dogmas, denn sie setzt den menschlichen an die Stelle des göttlichen Willens. Indem also die Mehrzahl der Deutschvölkischen sich ihren Monarchen nach eigenem Geschmack aus-

wählen will, beweist sie die Hinfälligkeit der gesamten monarchischen Staatstheorie.

In Frankreich hat der Streit zwischen Legitimisten und Orleanisten in den Jahren nach 1870 den Sturz der Republik verhindert, der damals in greifbarer Nähe gerückt war.

wählen will, beweist sie die Hinfälligkeit der gesamten monarchischen Staatstheorie.

Es ist eben ein eigen Ding um die Propagierung einer veralteten und historisch überholten Staatsform. Gerade wenn ihre Verfechter am Ziele zu sein glauben, stellt sich der Zwiespalt darüber heraus, was eigentlich gemeint war. Die deutschen Monarchisten hatten nur zusammen, weil sie der Verwirklichung ihres Zieles fern sind.

Wilhelm klagt weiter.

Nachdem der Unglücksfall in Haus Doorn durch die Klage gegen den Leibarzt „Libussa“ einen unbestrittenen Heilerfolg erzielt hat, der nur durch sein mißlungenes Geschäft mit Northcliffe getrübt wurde, geht er daran, auch Menschen zu verklagen. Sein Wort: „Wer sich mir entgegenstellt, den zerschmettere ich“, soll fürchterliche Wahrheit werden. Die ausersehenen Opfer sind die Redakteure des „Gothaer Volksfreund“ und des „Dortmunder Generalanzeiger“.

Wir sind nun sehr gespannt, wie die Justiz, die auf Befehl eines sozialistischen Ministers 200 M. Geldstrafe setzt, in diesem Fall reagieren wird.

Wittelsbachs Milliardenhunger.

Ein kleines Geschenk von 30 Milliarden verlangt.

Aus München schreibt uns ein Mitarbeiter: Weltkrieg und Zusammenbruch haben neben den anderen deutschen Fürsten auch die Wittelsbacher vom Thron gesetzt. Anstatt daß aber die Regierung des Freistaates Bayern die Hand auf das in der bayerischen Verfassung als „unveräußerliches Staatsgut“ bezeichnete Pfandvermögen der Wittelsbacher gelegt und daraus die Schäden des Weltkrieges nach Möglichkeit gelindert und die Mittel zur Festigung des Freistaatsgebäudes genommen hätte, schickt man sich an, diesen Milliardenfonds fast ungeschmälert in die Hand der Wittelsbacher zu spielen, damit von Bayern aus mit erneuter Kraft die Sabotage des deutschen Volksstaates fortgesetzt werden kann.

Nun unternimmt es der Beauftragte des Hauses Wittelsbach, der Münchener Rechtsgelehrte Dr. Beyerle in zwei dicken Bänden, die ein „Rechtsgutachten“ darstellen sollen, den bayerischen Staat zu folgenden ungeheuren „Kontributionen“ an die Wittelsbacher zu verpflichten: Herausgabe der aus Wittelsbachschen „Privatmitteln“ kommenden Vermögensstücke, Zahlung einer Unterhaltsrente an Stelle der Zivilliste, Weiterzahlung der Apanagen, Herausgabe des angebl. im Staatsvermögen, vor allem den Staatsforsten enthaltenen Stammvermögens, Rückerstattung des in Archiven, Schlössern, der Residenz, dem Hofstaat, der Münzensammlung, Staatsbibliothek, Nationalmuseum und Gemäldesammlungen befindlichen beweglichen Familieneigentums.

Allen den ältesten Stammgutbesitz der Wittelsbacher schätzt Beyerle auf etwa 80 Millionen Goldmark, d. h. nahezu 5 Milliarden Papiermark. Dementsprechend würde diese Gesamtforderung der Wittelsbacher an den Freistaat Bayern etwa 20–30 Milliarden Papiermark betragen. Das bedeutet bei dem gegenwärtigen Stand der bayerischen Finanzen den Ruin des Landes.

Der Anspruch auf die Fortzahlung der Zivilliste und der Apanagen verdient als staatsrechtliches Kuriosum und als privatrechtliches Unikum überhaupt keine kritische Würdigung. Der Schriftsteller Wittelsbachs baut seine Theorie von dem Vermögensanspruch der Wittelsbacher auf dem künstlichen Bau einer „Rechtsgemeinschaft“ zwischen dem vormaligen Hausgut und dem Staatsvermögen auf, die keine unlösliche Verbindung eingegangen wären, wie anderwärts. Dem steht aber einseitig die gesamte geschichtliche und staatsrechtliche Entwicklung nach der Darstellung der berühmtesten bayerischen Rechtslehrer von Kreittmayr bis Sengel entgegen. Wie haben die Verstaatlichung des Wittelsbachschen Besitzes anerkannt, Regierung und Landtag des Königreiches haben nie einen Zweifel daran gelassen! Außerdem wurde das mit Staatsmitteln für Bayern zurückgeworbene Wittelsbachsche Hausgut schon 1779 einwandfrei Staatsbesitz. All das verschweigt der Wittelsbachsche Rechtsgelehrte. Die Verfassungsurkunde spricht sich zudem deutlich darüber aus, daß private Neuerwerbungen der Fürsten, für

die keine testamentarische Verfügung getroffen ist, nach dem Tod des Königs an den Staat fallen. So sind alle Anschaffungen der bayerischen Könige aus Erbpachtrenten der Zivilliste durch das Fehlen eines Testaments des geisteskranken Königs Otto zweifellos Eigentum des Staates geworden.

Die Forderung nach Entschädigung des Herrscherhauses für das Aufheben der Krone an den ihm vom Staat zur Verfügung gestellten Gebäulichkeiten ist ebenso lächerlich wie die juristische These Dr. Beyerles, die Wittelsbacher hätten das Recht, die Verstaatlichung ihres Hausgutes nach 100 Jahren zu „widerrufen“.

Die Ansprüche der Wittelsbacher sind demnach eine juristische und staatsrechtliche Ungeheuerlichkeit. Ihre Wirklosigkeit wird dem Ansehen der Monarchie mehr schaden, als die Verfechter des „alt angeflammten“ Wittelsbachschen Erbschaftsrechtes wohl glauben. Die Wittelsbacher haben sich durch ihr „Rechtsgutachten“ moralisch hingerichtet! Ein „Volkskönigtum“ — das sollen ja die Wittelsbacher nach Behauptung ihrer Anhänger sein — denkt zuerst an die Not des Volkes und erst dann an den eigenen Beutel!

Bilanz der Rechtsprechung.

Immer niederschmetternder werden die Abrechnungen mit der preussischen Justiz. Leider läßt die Not der Zeitungen nicht zu, daß sie auch auf diesem Gebiete in vollem Umfang, Berichterstattung und Kritik sind. Es ist deswegen sehr erfreulich, daß die Abrechnung, die im vergangenen Monat im Hauptauschuß des Preussischen Landtages in einer allgemeinen Aussprache über den Justizetat vorgenommen wurde, durch den Genossen Kuttner in einer Broschüre zusammengefaßt für die allgemeine Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden ist. Die Kuttnersche Arbeit, die im Verlag für Sozialwissenschaft erschienen ist, gibt mehr als nur Argitationmaterial. Sie rückt die preussische Rechtsprechung in den Spiegel des Zeitgeschehens. Sie zeigt, daß im Richterstand heute noch eine beinahe geschlossene Front gegen die Republik und gegen die Arbeiterbewegung besteht.

Kuttner meint am Schluß seiner Sammlung, und wir schließen uns ihm vollinhaltlich an:

Handelt es sich bei dieser Serie von Fehlurteilen im Einzelnen, wie dies — als einzige und letzte Entgegnung — von den Verteidigern der heutigen Justiz im Hauptauschuß behauptet wurde? Allein die Zahl der bisher rubrizierten Fälle spricht dagegen. Aber es muß beachtet werden, daß eine Anzahl der angeführten Urteile nur Beispiele für Hunderte von ähnlichen sind. Das gilt in besonders hohem Maße für die Rechtsprechung zwischen ländlichen Arbeitgebern und Landarbeitern, für deren Geist — wenn das Wort hier am Platze ist — die hier angeführten Urteile schlechtweg als typisch gelten können. Hier zeigt sich der Unterschied zwischen der sozialen Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und dem unsozialen Geist der berufsmäßigen Ziviljustiz mit aller Deutlichkeit.

Was die Fälle der typisch politischen Fehlstiftung angeht, so muß man immer wieder in Betracht ziehen, daß als Vergleichsmaßstab für ihre Häufigkeit nicht die gesamten in einem Jahr ergehenden Strafurteile dienen können, sondern nur die Strafurteile in Prozessen mit politischem Hintergrund. Dann ergibt sich eine Häufigkeit der Fehlstiftung in politischen Prozessen, die geradezu erschreckend ist. Die Notwendigkeit einer Justizreform in weitestem Ausmaß ist gegeben. Statt einer verknöcherten Richterkaste brauchen wir ein aus dem Volke herorgegangenes und vom Vertrauen des Volkes getragenes soziales Richteramt.

Die Not der Kartoffelherren.

Die Bundeszentrale des Reichslandbundes arbeitet unter der Parole „Für Ur und Halm“ bei ihren Mitgliedern unermüdlich darauf hin, sie glauben zu machen, daß sie unter den Steuern zusammenbrechen. So bringt die jüngste Nummer der Bundesnachrichten genaue Ziffern über die steuerliche Belastung eines Gutes von 200 Morgen. Entsetzt wird dann

ausgerufen: „Einhundertfünfzigtausend Mark Steuern jährlich für ein Gut von 200 Morgen!“

Rehmen wir an, selbstverständlich nur unter Vorbehalt, daß die rechnerischen Unterlagen des Reichslandbundes nicht gefälscht sind. Es ergibt sich dann aus ihnen, daß ihr Zweihundertmorgenmann für jeden Morgen 750 Mark Steuern zu zahlen hat. Der Reichsdurchschnitt des Kartoffelertrages für den Morgen beträgt etwa 25 Zentner. Das sind bei einem Preis von nur 250 M. 6250 M. Da dieser Bauer nach der Rechnung des Reichslandbundes 750 M., gleich drei Zentner Kartoffeln zu zahlen hat, so bedeutet das, daß er etwa 12 Proz. Steuern zahlt. Das ist nicht einmal soviel, als der Arbeiter und Angestellte heute zu leisten hat, der über die zehnprozentige Abzugsgrenze hinaus verdient!

Wir haben die Rechnung sehr vorsichtig aufgemacht und haben die Steuergrundlagen des Reichslandbundes gesten lassen. Man ziehe nun von diesen Ziffern noch die selbstverständliche Ländendifferenz ab, die in ihnen sicher steckt, oder man stelle die Steuern in Vergleich mit dem Getreide-, Milch-, Butter- und Fleischgeschäft der Landwirte, es wird sich immer wieder ergeben, daß die Besitzer von 200 Morgen Land nicht mehr Steuern zahlen als ein Industrieproletarier. Dabei ist immer noch außer acht gelassen, daß in dem vom Reichslandbund errechneten Steuerbetrag sogar schon die Vermögenssteuer, der Zuschlag zur Vermögenssteuer, die Beteiligung an der Zwangsanleihe, Grund- und Gebäudesteuer, Fahrzeugsteuer und Versicherungssteuer miteingerechnet sind. Die Einkommensteuer allein beträgt für den Musterlandwirt, den der Reichslandbund uns vorführt, 80 500 M., d. h. 13½ Zentner Kartoffeln auf 25 Zentner, das sind knapp 7 Proz., gegenüber mindestens 10 Proz. bei dem Landarbeiter dieses Gutsbesitzers.

Der tote Buchstabe als Auskunftsmittel.

Randalisierende Trümmerhaufen und historische Leichen.

Während sich die „Freiheit“ bisher auf jeder Forderstellung geweigert hat, ein Geständnis über ihr Verhältnis zum „Leipziger Aktionsprogramm“ abzulegen, erklärt die minder verstoßte „Leipziger Volkszeitung“ zu diesem heiklen Thema folgendes:

Wenn Genosse Kautsky sagt, unsere Partei habe sich durch das Leipziger Aktionsprogramm dem Bolschewismus verschrieben, so ist das unrichtig. Er weiß genau, daß das Aktionsprogramm nicht die Aufgabe des Erfurter Programms bedeutet, sondern daß es nur ein Auskunftsmittel war, um einen Selbstmord in den damaligen großen Kämpfen zu haben. Wenn Genosse Kautsky aus dem Aktionsprogramm nur den einen Satz vom Rätesystem herauspikt und nun daran nachweisen will, daß unsere Partei eine wesensandere, gewissermaßen eine bolschewistische geworden sei, so ist das eine verfehlte Beweisführung. Er muß ausdrücklich anerkennen, daß der bolschewistische Einschlag in unserer Partei außerordentlich geschwächt worden ist.

Wie ein weithin hallendes Bekenntnis zum „Leipziger Aktionsprogramm“ klingt das nun gerade nicht, sondern eher wie eine Bestätigung von Kautskys Erklärung, jenes Programm sei nur noch „ein toter Buchstabe“. Wenn übrigens die „L. V.“ versichert, daß der bolschewistische Einschlag in der USP. „außerordentlich geschwächt“ sei, so gibt sie damit zu, daß er früher stärker war und sich auch jetzt noch geltend macht.

Von der SPD. will die „Leipziger Volkszeitung“ freilich längst nichts mehr wissen. Das sei nur noch „ein randalisierender Trümmerhaufen“. Die „Rote Fahne“ reanchiert sich, indem sie die USP. einen „historischen Leichnam“ nennt. Freude an bildkräftiger Sprachgestaltung ist also immer noch vorhanden. Aber wer hat nun recht? Keiner? Beide?

Aus der Redaktion der „Freiheit“ ist, wie wir hören, der beim letzten Redaktionswechsel dort eingetretene Georg Davidsohn wieder ausgeschieden.

Der Kongress für Menschenbildung und Lebensgestaltung.

Der „Bund entschiedener Schulreformer“ hatte Pfingsten zu einem viertägigen Kongress nach Mainz eingeladen, um Wege zu suchen, wie durch neue Lebensgestaltung und Jugend-erziehung wahre Menschheitskultur entstehen muß.

Beretreter aus allen Teilen Deutschlands und Europas waren zur Tagung erschienen; zahlreiche Sympathieverbände, u. a. von Professor Einstein, Professor Ferriere-Genf, Professor Forest-Joanne, Romain Roland-Paris, Professor Kapferer-Sofia, Fröhlich-Ranssen-Kerwegen, Kaplan Jocham-Ebingen und Ernst Lohrer-Festung Niederhörschingen waren eingegangen.

Die Redner, durch keinerlei Richtlinien gebunden, vermieden Gegenstände und Widersprüche nicht, Maßstab und Richtschnur waren allein der Wille zur Gestaltung der Zukunft aus den lebendigen Kräften unserer Zeit.

Am Pfingstmontag morgen sprach als erster Referent Margarete Susmann-Siedungen über Menschheit und Religion. Davon ausgehend, daß wir heute nicht mehr in der Lage sind, die Wirklichkeit selbst zu gestalten, forderte sie zunächst Bejahung realer Wirklichkeit, die das eigene Ich einschränkt bis zur Vernichtung. Opfer sei der Sinn neuer religiöser Gemeinschaft. Der Kommunismus in der Form einseitiger Befahrung des Realen sei ebenso abzulehnen wie das Christentum in seiner Verneinung des diesseitigen Lebens.

René Schickel betonte in nachfolgenden Ausführungen den Weg zum neuen Idealismus: Überwindung kriegerischer Ideologie, endgültiger Verzicht auf die kriegerische Austragung von Konflikten. Pazifismus ist wahres Leben: wirklich, werktätig und aktiv. In der Diskussion befragte Dr. Kurt Hiller fast einseitige wirtschaftliche Orientierung der politischen Parteien und forderte für die Zukunft Gleichsetzung der kulturellen Fragen. Die sofortige Schaffung eines Reichskulturrates ist die Forderung der Stunde. Auf die Anregung von Dr. Honigsheim-Köln und Wipons Raquet wird sofort eine Sammlung für die hungernden Kinder Russlands eingeleitet, die neben anderem einen Vortragsvortrag von 7000 M. brachte. Der letzte Redner des Tages war Gen. Dr. Karl Krenner aus Wien. Der altpreußische Geist sei in Oesterreich stets abgelehnt worden, denn seine Ausdrucksform war der Militarismus. Wahrer deutscher Geist lebt in Goethe, Herder, Kant und Fichte. Nur durch Zusammenfassung aller freien Kräfte in Wissenschaft und Arbeit ist der notwendige Aufbau des zerstörten Europas denkbar.

Dr. Hiller, der die Tagesübersicht gab, forderte eine Schule des Lebens, das schöpferisch selbst neue Formen findet. Sozialismus und Pazifismus können nicht zwangsweise erzogen werden. Sie entstehen allein beim Erleben wahrer Gemeinschaft.

Der zweite Tag beschäftigte sich mit den Fragen der Technik und Lebensgestaltung. Ewald Heilmann wendete sich gegen die Ansicht der materialistischen Geschichtsauffassung, daß durch Änderung der Wirtschaftsform sozialistischer Geist wächst. Zunächst sei notwendig, zur Beseitigung der tatsächlich vorhandenen zwangsartigen Verflechtung als Ergebnis des Wirtschaftskampfes zu erziehen.

Professor Berwenz-Bonn führte dann an der Hand von Tatsachen die Folgen moderner Technik für unser menschliches Dasein aus. Ohne Technik keine modernen Lebensformen, kein Kapitalismus, keine Entseelung der Arbeit! Ohne Technik kein Völkermord, keine Herabsetzung der Kulturnationen unter die Naturvölker. Wir leiden an grenzenloser Ueberhöhung der Technik und der heutigen Wirtschaftsformen. Alles bleibt entseeltes Gebilde, wenn nicht sozialer Geist neues Leben stufen läßt. Die Technik muß wieder Mittel werden. Andererseits haben Lebenslust und Lebensfreude nur dann Befriedigung, wenn sie in Einklang gebracht werden mit den bestehenden Lebensgesetzen. Dazu Erziehung zur höchstmöglichen Beherrschung des Chaos. In der Debatte forderte Schwan-Berlin bestmögliche Unterstützung wirtschaftlich Schwacher. Anna Siemsen-Berlin führte unter anhaltendem Beifall aus, daß es nur in der Arbeiterschaft als Solidarität geschehen könnte. Von den 12 anderen Diskussionsrednern sind die Ausführungen von Engelbert Graf-Stuttgart (Deutscher Metallarbeiterverband) hervorzuheben, der von der vollkommen unmöglichen Bildung der Arbeiterklasse spricht und durch Erziehung die Befreiung von dem in uns allen noch lebenden Kapitalismus fordert.

Der Dienstag war dem Vortrag von Dr. Maria Montessori-Rom vorbehalten, über dessen Verlauf hier bereits eingehend berichtet ist.

Am Nachmittag sprach dann Lydia Stöcker-Berlin über die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung der Frau im Wirtschaftsleben (Bezahlung nach Geschlechtern, Rechtspflege, uneheliche Mutterchaft usw.). Der Nachtvergötterung müsse die Frau ihre Mütterlichkeit entgegenbringen, um so beizutragen am Aufbau des Staates.

Es folgte Friedrich Wilhelm Försters Referat über die politische Erziehung der deutschen Jugend. Der Referent wendet sich gegen die Ansicht der bürgerlichen Jugendbewegung, die die Beschäftigung mit der Politik radikal ablehnen will, und fordert von allen bewusste Einstellung auf das politische Leben. Oftmals können uns die Engländer darin Beispiel sein. Das Streben nach Objektivität dem Gegner gegenüber, das Verstehen seiner Motive, die menschliche Verbindung mit dem Feinde müssen — auch durch Schulerziehung — endlich Selbstverständlichkeit werden. Wer zum Schwert greift, kommt durchs Schwert um. Das deutsche Volk kann, seiner Vergangenheit entsprechend, nur zum Unterfallismus gelangen — darum auch die Versöhnung mit

unserem westlichen Nachbar nicht durch Gewalt. Der Jugend, die sich von der Selbstsucht befreien muß, sei darum besondere Bedeutung zugumessen.

Danach nahm Dr. Bhagata Benares (Indien) das Wort über die notwendige Arbeit in der Zukunft. Er berichtete über die Ghandianhänger in Indien, die gegen die herrschlichen Engländer Heldenkämpfe ohne Eisen und Munition führen. Die Hauptforderungen des Ghandismus müssen auch in Europa verwirklicht werden.

(Ueber die Jugendversammlung am Abend erfolgt besonderer Bericht in der Jugendbeilage.)

Am letzten Tage sprach nach Ernst Hirt-München und Anna Siemsen Professor Paul Destreich. Er gab in seinem Schlussreferat die Synthese des viertägigen geistigen Ringens. Er forderte auf, zu begreifen, daß alles, was geschaffen wird, nicht mehr Anhängel der Vergangenheit sein darf, sondern bewußtes Schaffen für die neue Zukunft. Wir haben den Sinn des Lebens verloren; der Begriff der Arbeit ist verwirrt. Der Mensch wird heute erst wieder Mensch, wenn er 8 Stunden gearbeitet hat. Das gilt auch vom Beruf, den die meisten aus bitterer Lebensnotwendigkeit heraus haben müssen. Leben soll aber kein Fluch bleiben — Arbeit soll Behälter der Seele sein. Ueberwindung der alten Nation, Ueberwindung der alten Kirche, neuer Sinn von Arbeit und Beruf, neuer Sinn von der Schule als Stätte der Gemeinschaft, neues Gemeinleben in Jugend und Familie. Alles muß einfach werden, damit jeder einfach leben kann, das kann neue Kultur werden, die das Leben zufrieden gestaltet. Reformen sind notwendig, Geld darf kein Hindernis sein, gerade jetzt geht es, wo die Baluta jede Balancierung eines Staats zur Unmöglichkeit macht. ... Und unsere neue Religion wird das Unendlichkeitsgefühl in der Menschheitsentwicklung sein, die zur Vollkommenheit eilt.

In dreistündiger Diskussion, in der sich u. a. Olga Essig gegen die herrschende Unterrichts-anarchie in den Einzelstaaten, Dr. Honigsheim gegen die Befahren der einseitigen politischen Erziehungsmethode Försters und Heinrich Bogler gegen das Dogma in den Ministerien wendet, wird die Tagung geschlossen. Am Abend folgte eine Versammlung der Bodenschule für Körpererziehung, über die auch in der Jugendbeilage noch näher berichtet werden soll.

Das Jubiläum des Instituts für Kirchenmusik.

Das der Akademie der Künste angegliederte staatliche Institut für Kirchenmusik besteht jetzt 100 Jahre. Offiziell wurde vom Staat die Anerkennung für diese vorbildliche Schule darin zum Ausdruck gebracht, daß die Lehrgangsstände vermehrt, die Lehrämter freigelegt wurden, daß den Frauen der Zutritt gestattet wird. Die Pflege alter Kirchenmusik, das Studium ihrer Vertreter und Meisterwerke war die Domäne dieser Hochschule, die von Goethes Freund Zelter gegründet, jetzt unter Kreislmars Führung steht. Hier waren Männer vom Rufe Mendelssohns, Nicolais,

Zur Zwangsanleihe.

Das Gesetz über die Zwangsanleihe ist nunmehr dem Reichstag zugegangen. Recht eigenartig nehmen sich die Verschlechterungen aus, die der Reichstag an der Vorlage vornahm. Die Regierung bringt in der Vorlage, die ersten drei Jahre keine Zinsen zu gewähren und dann für die folgenden 5 Jahre 2 1/2 Proz. Zinsen. Auf Antrag Preussens sind die Zinsen auf 4 Proz. erhöht. Sehr eigentümlich nimmt sich auch die Angst des Reichsrats aus, daß, wenn 60 Milliarden Mark, die die Anleihe bringen soll, um mehr als 10 Proz. überschritten werden, dann der überschrittene Teil dem Zeichner auf eine freie Anleihe gutschrieben wird. Darum hat man sich keine Sorge gemacht, was geschehen soll, wenn der in Aussicht genommene Betrag nicht erreicht wird. Im Reichstag dürfte die Vorlage auch noch energischen Angriffen ausgesetzt werden, denn wenn es gilt, den Besitz zu schonen, dann regen sich die Kräfte in allen bürgerlichen Parteien.

Reuendings sind, wie aus allen Veröffentlichungen hervorgeht, die umlagefeindlichen Kreise auf einen neuen Einfall gekommen. Sie meinen übereinstimmend, sie könnten die Umlage schon deswegen nicht tragen, weil das heißt, von ihnen ein Opfer verlangen, das die Industrie nicht leisten. Auch die Arbeiter opfert ja nicht! Es würde uns nicht wundern, wenn da die Sehnsucht nach einer verlängerten Arbeitszeit der Vater des Gedankens wäre.

Ueber die Opfer der Industrie zu sprechen, haben wir keinen Anlaß, tragen doch z. B. die Kohlensteuer, Ausfuhrabgabe usw. zuletzt auch nur die Konsumenten. Ist es aber kein Opfer, daß heute 90 Proz. der Arbeiter und Angestellten unter dem Existenzminimum leben? Ist es kein Opfer, wenn die Bergarbeiter eben wieder in Verhandlungen um ein Ueberstundenabkommen stehen? Bisher haben die Agrarier als die einzige Schicht unseres Volkes noch kein Opfer gebracht. Jetzt müssen sie es tun, die Arbeiter werden diesem Zwange den gehörigen Ausdruck zu geben wissen.

Die Zwangsanleihe vor dem Reichswirtschaftsrat.

Der Finanzpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates stellte in seiner Sitzung am 9. Juni 1922 den Vorlauf seines Berichtes über den Entwurf eines Gesetzes über die Zwangsanleihe fest und richtete an den Vorstand des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates das Ersuchen, möglichst bis zum 14. Juni eine Vollziehung des Reichswirtschaftsrates zur Behandlung des Gesetzes einzuberufen. Der Beschluß wurde mit 12 gegen 9 Stimmen gegen die Stimmen der Arbeitnehmer gefaßt. Für den Fall, daß die Vollziehung nicht einberufen werden kann, wurde mit 12 gegen 9 Stimmen gegen die Stimmen der Arbeitgeber beschlossen, den Vorstand zu ersuchen, das Gutachten des Ausschusses unmittelbar der Regierung zu überweisen. Wie die Telegraphen-Union zu den Verhandlungen hört, hatten die Arbeitnehmer die Absicht, den Entwurf in der Fassung des Ausschusses unmittelbar an die Regierung zu leiten. Die Arbeitgeber wären damit einverstanden gewesen, wenn eine zweite Lesung veranstaltet worden wäre, die aber unter formalen Einwänden von den Arbeitnehmern abgelehnt wurde. Die Arbeitgeber wünschen aber unbedingt eine nochmalige Behandlung des in die Wirtschaft so tief einwirkenden Gesetzes und verlangten deshalb die Einberufung der Vollziehung.

Die nichtbestätigten Schulkrektoren.

In einer kleinen Anfrage wiesen die sozialdemokratischen Abgeordneten Bahle, König (Swinemünde) und Großen darauf hin, daß vor mehreren Monaten von einigen Groß-Berliner Bezirksämtern insgesamt 18 neue Direktoren für Berliner Gemeindeschulen gewählt worden seien. Das Provinzialschulkollegium Berlin habe davon 5 bestätigt, 12 abgelehnt und einen „in der Schwere“ gelassen. Die Ablehnung der 12 Direktoren soll, so wurde in der Anfrage bemerkt, zum Teil wegen Mangels an pädagogischer Qualifikation, zum andern Teil wegen Austritts aus der Landeskirche erfolgt sein. Das Staatsministerium wurde gefragt, ob es bereit sei, durch einen Kommissar des Kultusministeriums nachprüfen zu lassen, wie weit der erste Grund aufrecht erhalten werden könne. Das Staatsministerium wurde weiter gefragt, ob es den Standpunkt des Provinzialschulkollegiums billige, daß ein aus der Landeskirche ausgetretener Lehrer zwar Lehrer, aber nicht Direktor an einer Schule sein könne.

Wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortet der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung die Anfrage wie folgt:

Mittelschulische Schüler, fürwahr eine Wiege feinsten und edelster Vorkämpferpositionen, von hier aus wurde in die Großstädte und die Dörfer hinein dem regens chori, dem Organisten, dem Kantor und Lehrer das Rüstzeug des Lehrens und Erbauens mit auf den Weg gegeben. In hundert Jahren hat das Institut eine Tradition gewahrt, indem sie heilige Güter der Vergangenheit dem Vergessen entzogen, ihre Schönheiten erschloß und — was mehr noch bedeutet — propagandistisch zum Erlangen brachte. Da ist ein Boden von Wissen, musikalischen Schätzen, theoretischem Reichtum und praktischer Kunstübung, der Grundlage aller Musikbetätigung sein und bleiben muß. Wer auf diesem Gebiet umfassend befehligt und bewandert ist, kann seinem Sturm ephemerer, moderner Musikwillkür unterliegen. Ehrfurcht vor dem Gesetz, vor dem Geist, vor der Kraft und Schönheit des Alten — sie erwuchs den Schülern des Kircheninstituts. Und es gibt Messen, Motetten, Psalmen, Orgel- und A-cappella-Musik, die wir ohne die Rührigkeit und den Spürsinn aller Direktoren und Lehrer dieser hohen Schule der Kunst gar nicht kennen würden.

Carl Diebel hat in seinem Madrigalchor ein Instrument, auf dem diese alten Weisen wunderbar klingen. Er steht in Deutschland unter den a cappella an vorderster Spitze. Man behauptet kaum zu viel, wenn man verichert, daß in seinen guten Stunden dieser Chor nur aus Solisten besteht. Die Erziehung zur Vokalharmonik, zum dynamischen Stimmenausgleich ist bis ins Letzte erreicht, in der Auswahl der Programme nicht sich Gehör mit umfassender Sachkenntnis. Kaum ein Abend, wo nicht ein unbekanntes Madrigal, ein unbekanntes Renaissance zum Vortrag gelangte. Im Festkonzert gab der Madrigalchor mit Gesängen von Commer, Grell, Reihiger, Nicolai, Haupt, Krehschmar, Arnold Wendelsjohn Ton und Stimmung an. Helga Wecke sang mit Haggold gefälligen Alt, menschlisch ergreifend, zwei Wieder. Fischer absolvierte die übliche Toccata an der Orgel und Klingler spielte eine Solosonate von Bach technisch zuverlässig, aber mit ein paar stillistischen Vertümlern in der G-Moll-Fuge (3. bis 5. Satz), die einem so hervorragenden Musiker und Lehrer nicht unterlaufen dürften.

Auch ein Schüler des Organum, Kurt Rosenhauer, gab eine Andacht in Form von Orgelvorträgen in der Gedächtniskirche. Er ist einer der Tüchtigsten seines Faches, und seine Interpretation der Trippelfuge Es-Dur von Bach war in allem exakten Nachzeichnen der Linien noch ein Stück inbrünstig gebeteter Musik.

Kurt Singer.

Demokrat und Volksdichter. Der Frankfurter Adolf Stolze, der am 10. Juni 60 Jahre zählt, ist durch Begabung, Erziehung und Wirkung ein Volksdichter in des Wortes wahrster Bedeutung. Wie seine Schriften, mundartliche und hochdeutsche, sind durchdrungen von dem Geiste der Freiheit und der Liebe zum Volke und Vaterland. Als Sohn Friedrich Stolzes bewahrte er sich unwandelbar seine demokratische Gesinnung; nie ward er zum Hurrafschreier oder Erfolgearbeiter.

Die Straßenkämpfe am 18. September 1848 erlebte er als 67jähriger Junge mit, er sah danach schauernd den ersten Toten, der auf den Barrikaden für die Freiheit gefallen war.

Stolze bestand seine Lehre als Feinmechaniker und arbeitete nach Angaben von Philipp Reis an dessen Modellen zum ersten Telephon. Von Ferdinand Lassalle, J. B. von Schweitzer und Roderich Benedix vielfach ermuntert, erwählte er die Schriftstellerei

„Die Prüfung der von Berliner Bezirksämtern vollzogenen Wahlen zu Direktoren von Berliner Gemeindeschulen gehört zu den Amtsobliegenheiten, die das hiesige Provinzialschulkollegium selbstständig zu erledigen hat. Beschwerden über die Nichtbestätigung Gewählter, die bei mir eingegangen sind, unterliegen zurzeit meiner Prüfung.“

Zu der zweiten Frage erkläre ich:

Für die Beschäftigung aus der Landeskirche ausgetretener Lehrer und Direktoren im Schuldienst gelten die gleichen Grundsätze.“

Diese Antwort ist weder klar noch vollständig. Nach der Verfassung haben die Lehrer und Direktoren vollkommene Freiheit, aus der Landeskirche auszutreten. Wenn das Provinzialschulkollegium diese Freiheit nicht anerkennt oder zu beeinträchtigen sucht, so hat der Unterrichtsminister als vorgeordnete Behörde und für die Innehaltung der Verfassung verantwortliche Stelle gegen eine solche Verfassungsverletzung in unzweideutiger Weise einzuschreiten.

Warum nicht Killinger?

v. Löwenfeld Kommandant des Kreuzers „Berlin“.

Das Reichswehrministerium bestätigt die von uns gebrachte Meldung, daß der Kap-Putsch vorgekommene Kapitän zur See v. Löwenfeld, der vorher beim Kommando der Schiffsstammdivision der Ostsee war, tatsächlich Kommandant des kleinen Kreuzers „Berlin“ ist. Die Ernennung ist schon vor einiger Zeit vollzogen worden. Der Reichswehrminister Gehler selbst ist der Ansicht, daß keinerlei Grund zur Beanstandung der Persönlichkeit des Herrn Löwenfeld gegeben ist.

Der jetzt in Offenburg unter Anklage stehende Kapitänleutnant a. D. Killinger wird bei dieser Kunde schmerzlich bedauern, daß er freiwillig aus der Marine ausgeschieden ist. Denn, wäre er dabei geblieben, so wäre heute am Ende er Kommandant des kleinen Kreuzers geworden. Denn schließlich — was hätten die Herren Gehler und Seede an seiner Person zu beanstanden gehabt?

Am Tatort der Ehrhardtleute.

Offenburg, 9. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Am heutigen Freitag wurden die verschiedenen Tatorte der Erzberger-Mordaffäre besucht. Die 35 Teilnehmer fuhren in zwei Postautos morgens 8 Uhr vom Gerichtsgebäude in Offenburg ab, darunter auch eine Anzahl Pressevertreter. In etwa zwei Stunden war nach der Halbtage Dypenau erreicht, wo das Gasthaus „Zum Hirschen“ besucht wurde, in dem die Täter am 21. August abends angekommen waren und wo sie im zweiten Stock das Zimmer Nr. 4 bewohnt haben, das gegen den Lehrbach gelegen ist. Der Sohn der Hirschenwirtin kam Ende August auf den Gedanken, daß die beiden Gäste irgendwelche Gegenstände zum Fenster hinausgeworfen haben könnten.

Man suchte den Bach ab,

der bei der damaligen Hitze und Dürre nur sehr wenig Wasser führte und fand dort tatsächlich eine Anzahl Schmelz und Zettel mit wertvollem Material für die Untersuchung. Am morgigen Tage soll diese wichtige Angelegenheit verhandelt werden. Aus den Schmelzen geht hervor, daß sich die beiden Zimmerbewohner am Tage vorher für den Aufenthalt Erzbergers, der im August sich in Bieberach und in Oriesbach aufhielt, sehr interessierten.

Nach einer halbtagelangen Fahrt kam die Kommission nach dem Kurhaus in Oriesbach, wo Erzberger gewohnt hatte. Es wurde festgestellt, daß man tatsächlich von der Bank auf dem Höhenwege, der dem Gasthof gegenüberliegt, bequem die von Erzberger bewohnten Zimmer sehen kann.

Alsdann fuhren die Autos auf der neuen Kniebis-Straße zum Tatort. Dort hatte sich eine Anzahl Bewohner aus der Umgebung angemeinert. Ein Polizeibeamter zeigte an Beispielen, wie die Schüsse abgegeben sein müssen. Es wurde der Weg genau angegeben, den der Angefallene von der Straße aus die Böschung hinunter genommen haben muß, bis er an der Tanne zusammenbrach. Der Augenschein an der Tanne richtete sich besonders darauf, ob man von dort aus die Täter am Straßende sehen konnte, wie es der Abg. Dieh in seiner Zeugnisaussage bezeugte. Der Vorstehende Dr. Großfelling sowie der Untersuchungsrichter Eggler unterrichteten die Geschworenen von dem Situationsplan. Auf dem Wege nach der Höhe des Kniebis wurden noch verschiedene

endgültig als Lebensberuf, die ihm im Verlauf der Jahre vielfach Sorgen und Entbehrungen, aber auch manchen schönen Triumph brachte.

Erst spät gelang es ihm, seine mundartlichen Theaterstücke auf der Bühne seiner Vaterstadt und seine hochdeutschen Schau- und Lustspiele in den Großstädten herauszubringen. Seine humoresken, Gedichte und Einakter im Frankfurter Diabell sind in zahlreichen Aufzügen erschienen.

England verbilligt das Porto. In England hat man ein wohlgeprobtes Rezept, größere Einnahmen zu erzielen, wiederholt — man hat die im Kriege erhöhten Portofürs für Briefe und Postkarten um einen Halbpenny herabgesetzt. Der „Frankf. Ztg.“ wird dazu geschrieben: Das waren einst vier deutsche Reichspennings. Und siehe, die der Eingang an Karten und Briefe war zweimal so groß, wie gewöhnlich, und an manchen Orten war der Prozentsatz noch höher. Die englischen Zeitungen fragen sich nun, ob diese kleine Ersparnis die Korrespondenzlust des Publikums tatsächlich so zu reizen imstande ist, daß die Leistung um das Doppelte steigt? Man stößt hier ohne Zweifel auf Unpopuläritäten, die durch ein bloßes kaufmännisches Abdrücken und Subtrahieren nicht beeinflusst werden. Was sich alle Postminister zu Herzen nehmen sollten. Der „General-Postmeister“ hatte übrigens allen Grund, einen guten Erfolg von dieser Maßnahme zu erwarten, denn als man seinerzeit die Pennypost einführt, übertraf das Resultat die kühnsten Erwartungen, obgleich viele Leute einem Reich, das so „schlecht“ rechnete, den Unter- gang prophezeit hatten.

Die Tagung der deutschen Chemiker findet zurzeit in Hamburg statt. In dem in der Mitgliederversammlung erstatteten Geschäftsbericht wurde festgestellt, daß der Verein deutscher Chemiker schon in den letzten Jahren einen großen Zustrom neuer Mitglieder hatte, der sich im letzten Jahre besonders verstärkte, so daß der Verein heute bereits 7000 Mitglieder zählt. Da die Gesamtzahl aller deutschen Chemiker auf 10 000 geschätzt wird, so ist bereits die Mehrzahl aller deutschen Chemiker im Verein zusammengeschlossen.

Die Schadenersatzverpflichtung der Kritiker. In der viel diskutierten Schadenersatzfrage, die die Schauspieler Arnold Emppin und Erik Otto gegen den Kritiker Herbert Ihering angestrengt hatten, hat das Kammergericht geurteilt. Es hat die Kläger in vollem Umlange abgewiesen.

Die Staatsoper beschließt ihre Neubauterungen der laufenden Spielzeit mit einer schönen Neuinszenierung der Oper „Carmen“ unter musikalischer Leitung Blech und künstlerischer Leitung von Carl Gold. Die Titelpartie singt Jean Kemp, den Gold am 16. Herr Deht, am 18. Herr Clewing a. G.

Zur Dreißigjahrfeier der Stadtbibliothek zu Lübeck überreichte die Königlich-Bibliothek in Stockholm eine wertvolle Gabe, die in Lübeck als ein besonderes Zeichen freundschaftlichen Geistes des hiesigen norddeutschen Volkes gewürdigt wird.

Amundsen will den Nordpol überfliegen. Roald Amundsen teilte nach einer Meldung aus Christiania der Presse mit, daß er im Laufe des Sommers zusammen mit dem Piloten Umberto von Kar Barrow in Alaska über das unbekannte Gebiet des Polarmeeres und über den Nordpol nach Kap Columbia zu fliegen beabsichtigt. Der Flug kann in 15 Stunden ausgeführt werden. (Die wissenschaftliche Bedeutung wäre in diesem Falle freilich viel geringer als die sportliche.)

Punkte gezeigt, die für die Vorunternehmung besonders wertvoll waren, insbesondere die Stelle, wo Zeuge Lanther mit seinem Anrecht gearbeitet hat und die Schüsse gehört haben will. Von besonderem Interesse war die Straßentransport, von wo aus ein kleiner Waldweg abschneidet, den die beiden Täter nach Angabe eines Zeugen eingeschlagen haben, als sie ihn sahen. Anscheinend müssen sie von dort aus den

Abstieg durch das Gebüsch

genommen haben, um dadurch der Beobachtung mit dem Zeugen zu entgehen. Auf der Höhe in der Nähe des Gasthauses „Zufucht“ wurde die Stelle beauftragt, wo der Zeuge Jung aus Ludwigshafen, der mit den beiden in Peterstal zusammengetroffen war, ihnen kurz nach der Tat wieder begegnet war. Bekanntlich waren die Feststellungen dieses Zeugen mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden. Vom Gasthaus „Zufucht“ fuhr die Kommission nach Offenburg zurück.

Morgen werden die Zeugen aus Oppenau über die Schmelzfrage vernommen. Der Prozeß wird voraussichtlich Ende nächster Woche zu Ende gehen, da die zuerst für Ende nächster Woche geladenen Zeugen nun schon für den Anfang geladen worden sind.

„Handelt wie Max Hölz!“

Wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Aufforderung zur Begehung von Verbrechen durch Verbreitung von Schriften hatte gestern die 6. Strafkammer des Landgerichts I gegen den Schriftsetzer und verantwortlichen Redakteur der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“ Hugo Johann zu verhandeln. Kurz vor Beginn des Prozesses gegen Max Hölz erschien in der genannten Zeitung die das Organ der kommunistischen Arbeiter-Partei ist, ein Aufruf, in dem es heißt: „Ihr müßt kämpfen, wie Max Hölz gekämpft hat, mit allen Mitteln! Ihr müßt den Weg fortsetzen, den auch Max Hölz gezeigt hat! Ihr dürft nicht länger zaudern und abwarten, sonst kommt euch die Bourgeoisie zuvor! Keine Worte mehr, sondern Taten! Nehmt euch Max Hölz zum Vorbild, seit alle so tapfer wie Max Hölz!“ In einem nach Fällung des Urteils gegen Hölz erscheinenden zweiten Artikel wird in ähnlicher Form der Kampf gegen die Bourgeoisie propagiert und u. a. gesagt: Max Hölz hat euch gezeigt, wie man die Bourgeoisie vernichtet. So müßt auch ihr handeln!“ Da Hölz wegen seiner Taten wegen Hochverrats, Totschlags, Sprengstoffverbreitens und anderer Vergehen und Verbrechen bestraft worden ist, erludt die Anklage in diesen offenen Aufforderungen, es ihm nachzutun, eine Aufforderung zur Begehung gleicher Verbrechen und gleichzeitig eine Aufreizung zum Klassenhaß. Der Staatsanwalt beantragte sechs Monate Gefängnis, während Justizrat Dr. Viktor Fränk darauf hinwies, daß diese Aufforderungen mehr bildlich gemeint seien, was schon daraus hervorgeht, daß Hölz mehrfach als ein „Symbol“ bezeichnet worden sei. Das Gericht kam auch zu einer milden Auffassung und verurteilte den Angeklagten zu 4500 M. Geldstrafe, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt erachtet wurde.

Wer sind die Richter?

Einer telegraphischen Mitteilung zufolge sind zu „Richtern“ im Prozeß der Sozialrevolutionäre Bjatow, Karlin und Galkin ernannt. Noch bevor diese Nachricht kam, konnte man gewiß sein, die Namen von Karlin und Galkin unter den „Richtern“ zu finden, da sie sich schon längst als grausame Richter, als blinde Werkzeuge der Regierung einen Namen gemacht hatten. Karlin ist Vetter, der das Russische nur schlecht spricht und augenscheinlich auch nur schlecht versteht; er war eine Zeitlang Vorsitzender des Obersten Tribunals. Unter seinem Vorhitz wurde das Todesurteil gegen Schtschostin gefällt, das erste Todesurteil eines Gerichts, das ausgesprochen wurde, obgleich damals die Todesstrafe offiziell abgeschafft war. Karlin präsierte auch im Prozeß gegen Bokart, als das Tribunal die abwesenden englischen Bürger Bokart und Rally zum Tode verurteilte, „wenn in England die Sowjetrepublik ausgerichtet sein wird“. — Der zweite Richter, Galkin, wurde unter dem zaristischen Regime zum Tode verurteilt, durchlebte alle Qualen der Erwartung des Todes und wurde nur dank der Energie seines Verteidigers begnadigt. Gleich bei der Eröffnung des Obersten Tribunals wurde er zum „Richter“ ernannt und nahm fast an allen großen Prozessen teil. Er bestand auf der Fällung eines Todesurteils gegen Schtschostin, war am Prozeß gegen Bokart beteiligt und führte den Vorhitz im Prozeß gegen die französische Mission, als das Tribunal sich weigerte, die Verteidiger anzuhören und sämtliche Angeklagten zum Tode verurteilte. Es gibt kein Verbrechen, welches nach Galkins Meinung nicht Todesstrafe verdient. Der Kommunist Glusman, Vorsitzender der Untersuchungskommission beim Moskauer Revolutionstribunal, erklärte, daß Galkin wahnsinnig sei und daß man ihn zum Psychiater schicken müßte, bevor man ihn zum Richter im Tribunal machte, da die sinnlose Grausamkeit Galkins alle Grenzen überschreite.

Das sind die Leute, in deren Händen das Schicksal der Gefangenen ruht. Sergius Kobjalkoff.

Die Austreibung der Wrangelisten.

Sofia, 9. Juni. (RUB.) In der Kammer erklärte in Beantwortung einer Interpellation Innenminister Dostolow, entgegen der Vereinbarung, wonach die Anhänger Wrangels auf bulgarischem Gebiete als Flüchtlinge aufgenommen wurden, hätten die russischen Generale eine die innere Sicherheit des Landes bedrohende militärische Streitmacht organisiert. Der Minister warf der Opposition vor, daß sie die Pläne der Anhänger Wrangels unterstütze, und erklärte, daß sich die getroffenen Maßnahmen nur gegen die russischen Generale, die die Unruhen schürten, richteten, aber keineswegs gegen die Masse der Flüchtlinge, denen die Regierung die Gastfreundschaft nie verjagen werde.

Der Freiheitsapostel Paul Baedeker von der „Deutschen Tageszeitung“ wendet sich gegen die Kennzeichnung, die er im „Vorwärts“ erfahren hat. Zur Charakteristik der Verlogenheit und Verlogenheit seiner Ausflüchte haben wir nur eines hervor: Herr Baedeker bestreitet, daß er seine schändliche Hand über den Attentäter Scheidemann gehalten habe und „stellt fest“, daß die „Deutsche Tageszeitung“ Scheidemanns Schüsse auf den Attentäter „in keiner Weise als Verbrechen hingestellt hat.“ Wir stellen fest, daß die „Deutsche Tageszeitung“ geschrieben hat: Wenn Scheidemann den Attentäter getroffen hätte, so hätte er einen Totschlag auf dem Gewissen. — Ein Totschlag dürfte für jeden der deutschen Sprache kundigen ein Verbrechen sein. Mit einem Herrn, der sich nach ein paar Tagen seiner eigenen Worte nicht mehr erinnert, ist jede Diskussion zwecklos.

Nie wieder Krieg! Der Aktionsausschuß des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer ruft auch in diesem Jahre für Sonntag, den 30. Juli, zu Demonstrationen unter der Parole „Nie wieder Krieg“ auf. Diese Demonstrationen sollen wie bisher nicht die Angelegenheit eines Parteiprogramms, sondern Menschheitsfrage sein. In diesem Jahre werden sich zum ersten Male weitverbreitete Organisationen des Auslandes in großer Zahl an den Kundgebungen beteiligen. Der internationale Charakter der Demonstration ist bereits jetzt gewährleistet. Alle für den Aktionsausschuß bestimmten Anfragen sind an das Bureau des Friedensbundes der Kriegsteilnehmer, Berlin, Hohenstr. 38, zu richten.

Die anachronischen dänischen Hofenbefestigungen an der nord-schleswig-südlichen Küste werden vom dänischen Reichsministerium demontiert.

Gewerkschaftsbewegung

Sonntagsruhe und Achtstundentag.

Die Vorzüge gegen den Achtstundentag sind zahlreich genug, als daß es notwendig wäre, noch ebendrin solche Vorzüge zu konstatieren, wie es die „rote Fahne“ tut. Veranlassung dazu bot ihre Korrespondenz-Wendung über die Vorbereitung der neuen Sonntagsruhegesetz für die Angehörigen. Die Anordnung über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter (zu ergänzen wäre: an Wochentagen) vom 23. November 1918, ließ leider die gesamten Ausnahmegestimmungen von der Sonntagsruhe vollständig unberührt. Lediglich in Ziffer IV ist bestimmt, daß in Betrieben . . . bei denen eine ununterbrochene Sonntagsarbeit zurzeit im öffentlichen Interesse nötig ist, zur Herbeiführung eines regelmäßigen wöchentlichen Schichtwechsels männliche Arbeiter über 16 Jahre innerhalb eines Zeitraums von drei Wochen einmal zu einer Arbeit von höchstens 16stündiger Dauer einschließlicher der Pausen herangezogen werden dürfen, sofern ihnen in diesen drei Wochen einmal eine ununterbrochene Ruhepause von je 24 Stunden gewährt wird.“

In Ziffer XI ist ausdrücklich bestimmt, daß im übrigen die in Reichs- und Landesgesetz und die auf Grund derselben erlassenen Vorschriften im bisherigen Umfang so weit Anwendung finden, als sie nicht den vorstehenden Bedingungen zuwiderlaufen.

Ziffer II besagt nur, daß die regelmäßige tägliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen die Dauer von 8 Stunden nicht überschreiten darf, doch ist in der Verordnung weder von täglicher Arbeitszeit an Wochentagen oder an den 6 Werktagen, noch von einer 48stündigen wöchentlichen Arbeitszeit die Rede. Die alten Ausnahmegestimmungen von der Sonntagsruhe blieben bestehen, so daß in den Betrieben und Betrieben, für die sie noch gelten, nach wie vor Sonntagsarbeit zulässig ist.

Es hat daher an sich nichts mit dem Achtstundentag zu tun, wenn für die Handlungsgesellschaften in der Lebensmittelbranche bei dringenden wirtschaftlichen und Siedungsverhältnissen, also vornehmlich auf dem Lande, für einen Sonntag im Monat eine dreistündige Arbeitszeit und für zwei weitere Sonntage im Jahre eine sechsstündige Arbeitszeit eingeführt werden soll. Ob diese Ausnahmen notwendig sind, ist eine andere Frage, die wir rundweg verneinen möchten. Halten die Landinhaber auf dem Lande eine Verkaufszeit an einem Sonntag für notwendig, worüber sie sich auf Grund einer Zweidrittelmehrheit etwa schlüssig zu machen hätten, dann können sie die Arbeit an diesem Tage allein oder mit Hinzuziehung ihrer Familienangehörigen machen. Von einer „Preisgabe des Achtstundentags“ aber, kann auf Grund dieser Vorlage nicht die Rede sein, selbst wenn sie in der angegebenen Form angenommen würde.

Löhne der Wäch- und Schließergestellten.

Die Sektion VII des Transportarbeiterverbandes berichtet: „Die Löhne der Wäch- und Schließergestellten Berlins wurden durch ein Abkommen neu geregelt, und zwar so, daß Reviervächter ab 1. Juni monatlich 3312 M., Separatwächter 2985 M., Kontrollreue 3512 M. erhalten. Das derartige Löhne erreicht werden, haben die Wächter nur dem Umstande zu verdanken, daß sie der Organisation die Treue bewahrt haben, was sie auch fernerhin tun werden. Dort, wo die Wächter den Wert der Organisation noch nicht erkannt haben oder aber einer geringeren Organisation angehören, wobei es sich nur um einige kleinere Betriebe handelt, sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch sehr rückständig. Aber auch bei den Abonnement ist die Einsicht, daß der Wächter für seine aufreibende Arbeit, bei der er unter Umständen sein Leben einsetzt, als Mensch behandelt und entsprechend bezahlt werden muß, noch nicht weit vorgeschritten. Wir erwarten aber auch die Mitarbeiter der Betriebsräte aller Branchen, die darauf achten müssen, daß nur Tariffirmen und freigeberlich organisiert Wächter beschäftigen werden. Tariffirmen sind: Berliner Wäch- und Schließergesellschaft, Friedrichstr. 61 und Inspektion Oberspree, Johannishal; Nachtwachgesellschaft Charlottenburg, Romsienstraße; Wächtergesellschaft für Berlin und Vororte, Friedrichstr. 61, und für Nachbarorte, Friedrichstr. 125; Adler, Deutsche Wächergesellschaft, Friedrichstr. 61; Deutsche Wächtergruppen, Belle-Alliance-Platz 13; Wirtschaftsgenossenschaft Berliner Grundbesitzer, Burgstr. 1; Allgemeine Wächtergesellschaft des Westens, Tauentzienstr. 1; Wächterinstitut Hauptmann a. D. Steinweg, Culmbacher Str. 14; Wächterinstitut Harun a. d. Reichsbahn, Hinterhof-Bea, Friedrichstr. 221.

Nähere Auskunft wird gern erteilt im Bureau, Bayreuther Straße 31, Kurfürst 1832.“

Ein eigenartiger Interessenkonflikt. Vom österreichischen Valutaesend.

In Wien kostet eine einfache Fahrt auf der Straßenbahn 150 Kronen. Trotzdem bleibt noch ein Defizit zu decken. Um den Fahrpreis nicht noch höher zu setzen, hat die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung mit dem Handels- und Transportarbeiterverband, der Organisation der Straßenbahner, über eine Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in 38 Sitzungen verhandelt, um zu einer Vereinbarung zu kommen. Soweit die Lohnregelung darin

Zeitungsbezug während der Sommerreise

Unsere Abonnenten, welche Wert auf regelmäßige Lieferung des „Vorwärts“ während ihrer Sommer- resp. Urlaubsreise legen, bitten wir, nachstehende Zeilen zu beherzigen:

Postbezieher müssen die Anweisung an die neue Adresse mindestens 6 Tage vor Reisebeginn bei ihrem Postamt beantragen und ebenso vor der Rückreise bei der Post rechtzeitig die Rücküberweisung veranlassen. Für diese Anweisung verlangt die Post eine einmalige Gebühr von 2 Mark. Abonnenten, die ihre Zeitung durch die Botenfrau beziehen, können sich den „Vorwärts“ unter Streifband nachschicken lassen, wobei ihr Porto und Versand bis zum 30. Juni d. J. täglich M. 1.10, nach dem Auslande täglich M. 1.70 berechnet werden. Vom 1. Juli d. J. ab kommen die neuen Portogebühren zur Berechnung. Die Lieferung kann innerhalb Deutschlands auch durch Postüberweisung erfolgen, aber nur bei längerem Aufenthalt (über acht Tage innerhalb eines Kalendermonats an einem Ort). Aufträge für solche Postüberweisungen müssen uns spätestens 8 Tage vor Reiseantritt gegeben werden, da sonst nicht mit einem pünktlichen Einsetzen der Postlieferung zu rechnen ist. Wir bitten unsere Leser, diese Aufträge direkt in ihrer zuständigen Filiale unter gleichzeitiger Zahlung der Gebühren zu erteilen. Bei der Aufgabe des neuen Aufenthaltortes ist die Angabe des Postortes unbedingt erforderlich, um Verzögerungen in der Zustellung zu vermeiden.

vorgehen ist, haben die Straßenbahner der Vereinbarung auch zugestimmt. Dagegen löste ein anderer Teil der Abmachungen große Erregung aus. Hatte ein Straßenbahner bisher eine Linie mit einer Arbeitszeit von 7 1/2 Stunden, wurden ihm dennoch 8 Stunden gezahlt. Hatte er jedoch eine Tour von 8 Stunden 20 Minuten, so verrechnete er eine halbe Ueberstunde. Nun sollen die Ueberstunden monatlich „durchgerechnet“ werden. Eine Arbeitszeit von 26 x 8 = 208 Stunden im Monat soll als normal gelten und nur die etwa darüber hinausgehende Zeit als Ueberstunden gezahlt werden, wenn auch besser als bisher. Gleichzeitig soll eine neue Toureneinteilung erfolgen, damit weniger Zeit mit Wartem verbracht wird. Das sind zweifellos Verschlechterungen der bisherigen Arbeitsbedingungen. Die Gemeindeverwaltung ist dabei nicht von Profitabsichten geleitet. Sie hofft Ersparnisse dabei zu erzielen, lediglich um die Betriebsführung der Straßenbahn möglichst billig zu gestalten, um die Fahrpreise nicht noch höher zu stellen. Wird die Straßenbahn für die Bevölkerung zu teuer, kann das Defizit des Betriebes nicht mehr gedeckt werden, dann müßte der Betrieb eingestellt werden.

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ weiß die Opfer, die von den Straßenbahnern verlangt werden, wohl zu würdigen und die Erregung, die der neue Vertrag unter dem Fahrpersonal hervorgerufen hat, zu begreifen. Allein sie sieht auch keinen bestimmten Ausweg aus dem Konflikt, der von rechts und links geführt wird, wie dies bei solchen Gelegenheiten auch anderswo vorkommen soll. Die Kommunisten bekämpfen jede Erhöhung des Fahrpreises auf der einen Seite, jede Wahnahme zur Verbilligung des Betriebes auf der anderen Seite. Unter den christlichsozialen Herrschaften gibt es nicht wenige, die genau so verfahren und mit

größtem Behagen der sozialdemokratischen Gemeindeverwaltung alle erdenklichen Schwierigkeiten bereiten helfen.

Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ vertritt mit Recht den Standpunkt, daß solche Interessenkonflikte nicht anders als im Geiste brüderlicher Solidarität ausgetragen werden dürfen. Jede Klumengung der kommunistischen und der christlichen Hege müsse abgelehnt und eine Beilegung des Konflikts versucht werden, die das Interesse der Wiener Bevölkerung an Ersparnissen im Straßenbahnbetrieb befriedigt, zugleich aber den Straßenbahnern für den mühseligen Dienst, den sie der Gesamtheit leisten, möglichst würdige Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu bieten sucht. Eine solche Lösung ist natürlich nur möglich, wenn auf beiden Seiten der Willie zur Verständigung vorhanden ist, wenn die Vernunft die Oberhand behält.

Trohender Hamburger Hafenarbeiterstreik.

Hamburg, 9. Juni. (Ill.) Die von den Hafenarbeitern gestellte Forderung, den Tagelohn um 50 M. zu erhöhen, wurde vom Hafenbetriebsverein abgelehnt. Vor dem Schlichtungsausschuß konnte keine Einigung erzielt werden, da die Arbeiter auf ihrer Forderung beharrten, die Arbeitgeber aber nur eine Zulage von 10 M. bewilligen wollten. Ein Schiedsspruch ist nicht zustande gekommen. Es wurde beschlossen, sofort die Vermittlung des Reichsarbeitsministeriums anzurufen.

Im Hamburger Verkehrsstreit ist es den Bemühungen der Vertreter des Arbeiterrates Groß-Hamburg gelungen, die Parteien zu einer Einigungsverhandlung zusammenzuführen. Auf Ersuchen des Arbeiterrates hat sich auch das Reichsarbeitsministerium sofort bereit erklärt, einen Vertreter als unparteiischen Vorsitzenden nach Hamburg zu entsenden. Die Einigungsverhandlungen haben gestern nachmittag begonnen.

Moskau und Paris.

Nachdem die von Moskau unterhaltene Delegation in Frankreich zur Spaltung der Gewerkschaften geführt hat (die „rote Fahne“ schwandert ihren Zielen vor, der „revolutionäre eingestufte“ Teil der Gewerkschaften wäre ausgeschlossen worden), hat die neue, angeblich revolutionäre Gewerkschaftszentrale Statuten ausgearbeitet, obwohl sie behauptet, sie sei der alte Gewerkschaftsbund. Mit diesen Statuten ist Moskau höchst unzufrieden. Die Moskauer Exekutive hat deshalb nach Paris eine Erklärung geschickt, in der sie die Pariser anknüpft.

Dierum sei zunächst bemerkt, daß die französische CGTU. (Confédération générale du Travail Unitaire, zu deutsch etwa Einheits-Gewerkschaftsbund — weil er sich von der C.G.T. abgespalten hat), der Moskauer „Internationale“ nicht angeschlossen ist. Die aus Syndikalisten und Anarchisten zusammengesetzte Mehrheit der CGTU. wollen sich nicht kommandieren lassen, am allerwenigsten von den Moskauern. Nun arbeiten die französischen Kommunisten natürlich mit Hochdruck, um die Mehrheit umzustimmen und zum Anschlag an Moskau zu bewegen. Dies ist ihnen längst bei einer Abstimmung im Pariser Gewerkschaftsartikel der CGTU. auch gelungen. Die Moskauer aber, die von der Gewerkschaftsbewegung nicht viel verstehen, von der französischen offenbar keine blasse Äußerung haben, nehmen sich auch heraus, der CGTU. über ihre Statuten Vorschriften zu machen, die geeignet sind, auch den französischen Kommunisten das Gelingen vor Moskau zu verhindern. Moskau fordert also, daß die Delegationsaufstellung des Gewerkschaftsstreiks, der Grundtag, daß jedes Syndikat (Zweigverein) auf den Kongressen eine Stimme hat und die automatische Ersetzung der Gewerkschaftsbeamten nach Ablauf ihrer Amtsperiode — alles alte individualistische Grundzüge in Frankreich — überhaupt revidiert werden. Ganz besonders ansetzt es Moskau das Fehlen einer Bestimmung, daß die CGTU. an der angeblich roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen ist. Alles das würde schrecklich anders werden, besäße Moskau. Sonst aber, sagt Moskau mit schwindendem Ernst hinzu, besteht es sich von selbst, daß jede Organisation das Recht hat, diejenigen Statuten anzunehmen, welche sie für gut hält. — Sonst haben sie keine Schmerzen.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter. Montag 15 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses, Empferstr. 13, Delegiertenkongress der Kartellverbände. Berichtstattung von den Leipziger Verhandlungen. Das Erscheinen eines jeden Delegierten ist unbedingt Pflicht!

Deutscher Metallarbeiterverband. Berlin 24. Holzindustrie. Dienstag 7 Uhr Klubhaus Chymstraße 2, Mitgliederversammlung.

Verantwortlich für den Inhalt: Franz Kähle, Berlin-Lichterfelde; für Anzeigen: E. Giese, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Druckerei u. Verlagsgesellschaft, Berlin. Gleditschstr. 3. Circula 1 Heilage.

Geschäftsbericht

Dresdner Bank 1921.

Der Abschluß der Dresdner Bank ergibt nach besonders vorsichtiger Bilanzierung, wie sie durch die Unsicherheit der allgemeinen Verhältnisse geboten ist, einen Rohgewinn — einschließlich Vortrag — von M. 223.499.849,50 gegen M. 423.499.921,25 im Vorjahre. Hiervon entfallen auf:

1921		1920	
Sorten- und Kupons-Konto	M. 26.494.878,33	M. 11.862.912,70	
Wechsel- und Zinsen-Konto	M. 477.708.467,85	M. 230.199.196,50	
Provisions-Konto	M. 271.050.902,—	M. 173.174.019,70	
Effekten- und Konsortial-Konto	M. 50.907.889,85	M. —	
Dauernde Beteiligungen	M. 3.911.118,60	M. 3.627.436,70	

Demgegenüber steigen die Handlungskosten und Steuern von M. 214.268.965,35 auf M. 628.571.610,55, und es verbleibt ein Reingewinn von M. 209.213.234,65 gegenüber M. 109.226.126,— im Vorjahre, woraus wir die Verteilung einer

Dividende von 16% (bzw. 8% für die neuen Aktien) gegen 12% im Vorjahre beantragen.

Die Geldentwertung und die steigende Inflation, befördert durch die Unmöglichkeit der Erfüllung der uns auferzwungenen Reparationsverpflichtungen, haben die Banktätigkeit während des ganzen Jahres bestimmt. Die fremden Gelder haben eine weitere außerordentliche Zunahme erfahren.

Gegen Jahresabschluß haben andererseits die durch die steigenden Produktionskosten bedingten großen Kreditanforderungen von Handel und Industrie zu einer Verfestigung des Geldmarktes geführt, die sich im Frühjahr noch verstärkte hat. Wir haben es stets für unsere Pflicht gehalten, den Wirtschaftlichen durch Kreditvermehrung zu stützen und zu fördern; die gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnisse zwingen jedoch die Banken, bei der Gewährung von Krediten mit besonderer Sorgfalt zu verfahren und ihrer Kundenhaft nachzugehen auch ihrerseits den Verhältnissen Rechnung zu tragen.

Der Umlauf von Handelswechseln ist immer noch nicht seine frühere Bedeutung wiedererlangt, obwohl eine sorgsame Benutzung dieses gesunden kaufmännischen Kreditinstruments durchaus zu begünstigen wäre. Seitens der Aktiengesellschaften wurde der starke Kapitalbedarf in großem Umfange durch Kapitalerhebungen und Ausgabe von Obligationen anleihen gedeckt. Die Zahl der von uns durchgeführten Konsortialgeschäfte war größer als in irgendeinem der früheren Jahre. Wir haben einigen uns befreundeten Firmen bei der durch die Zeitverhältnisse gebotenen Umwandlung in Aktiengesellschaften unsere Unterstützung gewährt, um im übrigen aber eine große Reserve hinsichtlich der Mitwirkung bei Neugründungen aufzulegen.

Ebenso haben wir an unserer Zurückhaltung hinsichtlich der Ausdehnung des Filialnetzes festgehalten und uns im wesentlichen auf den Ausbau des bestehenden Geschäftes beschränkt.

Der Devisenhandel war während des ganzen Jahres außerordentlich lebhaft ebenso das Börsengeschäft. Das Publikum suchte angesichts der fortschreitenden Geldentwertung sein Vermögen in Sachwerten und Aktien anzusichern. Wenn auch die Geldentwertung eine Kursrückbildung der Aktien durchaus rechtfertigte, so führte doch die um sich greifende Spekulation, das kritik- und wahllose Kaufen des Publikums zu sprunghaften und zum Teil weit über das Ziel hinauschießenden Kurssteigerungen, die schließlich, wie alle früheren ähnlichen Bewegungen, mit einem plötzlichen starken Rückschlag und großen Kursverlusten endeten. Alle Zweige unseres Geschäftes erlitten erhebliche Umsätze und Gewinne. Die Annäherung des Betriebes, erforderte die Bildung aller Kräfte. Wir haben uns bemüht, sowohl hinsichtlich der Bezahlung unserer Angehörigen als auch der Schaffung besserer Arbeitsräume den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Als Folge hat sich eine außerordentliche Steigerung der Gehälter und Handlungskosten ergeben, die im neuen

Jahre bereits weitere Fortschritte gemacht hat, so daß sich eine Erhöhung der Bankkonditionen, die vor kurzem beschlossen worden ist, als unabweisbare Notwendigkeit erwiesen hat.

Um unser eigenes Mittel einigermassen den durch die Geldentwertung geschaffenen Verhältnissen und den auf allen Kosten gestiegenen Ziffern anzupassen, wurde unser Grundkapital durch Beschluß der ordentlichen Generalversammlung vom 26. Juni 1921 um M. 20.000.000,— und durch Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 10. Dezember 1921 um weitere M. 200.000.000,— erhöht und beträgt nunmehr M. 220.000.000.—

Der Gesamtsatz auf einer Seite des Hauptbuchs belief sich auf M. 1.064.157.373.612,85 gegen M. 1.009.647.781.514,55 im Vorjahre. Die Zahl der Konten stieg von 499.843 auf 529.706. Die Zahl der Angestellten betrug am Jahresabschluß 33.471 gegen 22.651 im Vorjahre.

Von der Entscheidung über Oberschlesien werden unsere Niederlassungen in Katowitz, Tarnowitz und Königshütte betroffen. Wir haben uns gemeinsam mit den anderen in Oberschlesien vertretenen deutschen Banken in einem mit der polnischen Regierung getroffenen und in dem Gopfer Staatsvertrag niedergelegten Abkommen bereit erklärt, die genannten drei Niederlassungen auch weiterhin aufrecht zu erhalten. Das Abkommen verspricht uns den für die Führung unserer dortigen Geschäfte erforderlichen Schutz und sichert uns den ungehinderten Verkehr mit den genannten Niederlassungen. Für unseren Entschluß die drei an Polen fallenden Niederlassungen bestehen zu lassen, war die Überlegung maßgebend, daß wir den deutschen, in den abgetrennten Gebieten verbliebenen Kreisen weiterhin Rückhalt bieten wollten, nachdem eine Aufrechterhaltung der Reichsbankstellen nicht in Betracht kam.

Um einem Verlangen der Entente zu entsprechen hatten wir im vaterländischen Interesse gemeinsam mit drei anderen Banken für die im August 1921 fällig gewesene Reparations-Rate der deutschen Regierung von einer Milliarde Goldmark die wechselseitige Haftung übernommen, die nach erfolgter Erfüllung ihre Erledigung gefunden hat.

Unsere ausländischen Interessen sei folgendes zu berichten: Die Entwicklung unserer Niederlassung in Bukarest entspricht unseren Erwartungen. Ueber die Liquidation unserer Londoner Filiale, die noch nicht beendet ist, finden wir keine Bemerkungen zu machen. Unsere Amsterdamer Kommandite Proch & Gutmann verlor für ihr erstes Geschäftsjahr 7 1/2 % Dividende.

Die Deutsch-Südamerikanische Bank hat sehr befriedigend gearbeitet und wird für 1921 30 % Dividende verteilen gegen 10 % für 1920. Die Deutsche Orientbank hat ihren Geschäftskreis weiter ausgedehnt und künftige Aufgaben vorbereitet, und zu diesem Zweck im neuen Jahre eine Erhöhung ihres Grundkapitals auf M. 100.000.000,— vorgenommen.

Wertpapiere und dauernde Beteiligungen.

Die eigenen Wertpapiere bestanden am 31. Dezember 1921 aus:

- a) Anleihen des Reiches und der Bundesstaaten . . . M. 8.230.602,00
- b) sonstigen bei der Reichsbank und anderen Zentralnotenbanken beschaffbaren Wertpapieren . . . M. 9.458.862,33
- c) sonstigen börsennotierten Wertpapieren . . . M. 85.612.096,26
- d) sonstigen Wertpapieren . . . M. 105.912.281,02

M. 178.993.699,70

Dauernde Beteiligungen bei anderen Banken . . . M. 3.911.118,60

Die Steigerung des Kontos dauernder Beteiligungen erklärt sich im wesentlichen durch die Erhöhung der Grundkapitalen bei der Hardy & Co. G. m. b. H. und bei weiteren uns anhaltenden Banken.

Im Gewinn- und Verlust-Konto erscheinen die Ertragsnisse aus diesen Beteiligungen für 1920, während diejenigen für 1921 der Verrechnung im neuen Jahre vorbehalten bleiben.

Konsortialbeteiligungs-Konto.

Wir beteiligten uns an 345 Geschäften, von denen 291 die Ausgabe von Aktien und 54 die Ausgabe von Obligationen betrafen. Der überwiegende

Teil hiervon wurde im Jahre 1921, eine weitere erhebliche Anzahl im laufenden Jahre abgewickelt.

Unser Konsortialbeteiligungs-Konto zeigt folgende Zusammensetzung:

- 1. Zwölf Beteiligungen an festverzinslichen Werken . . . M. 35.458.174,50
- 2. Fünf Beteiligungen an Eisenbahn- und Straßenbahnen-Unternehmungen . . . M. 2.416.099,50
- 3. Vier Beteiligungen an elektrischen Unternehmungen . . . M. 1.542.704,50
- 4. 217 Beteiligungen an Banken und Versicherungs-gesellschaften . . . M. 9.969.211,50
- 5. Vier Beteiligungen an Bergwerks- und Hüttenunter-nehmungen . . . M. 3.997.854,15
- 6. Fünfundsünfzig Beteiligungen an anderen Unternehmungen . . . M. 8.128.516,70

M. 55.294.249,55

Bankgebäude und Immobilien.

Die Erhöhung des Saldos bei dem Konto „Bankgebäude“ erklärt sich durch die als Folge der Ausdehnung der Geschäftstätigkeit notwendige Erwerbung von Häusern bzw. Neu- und Umbauten an verschiedenen Plätzen. Der Uebersteuerung bei Ausführung dieser Bauten wird durch die von uns vorgezeichnete Abschreibung von M. 50.000.000,— Rechnung getragen.

Pensionsfonds-Konto.

Das Guthaben des im Jahre 1919 begründeten Pensionsfonds betrug am 31. Dezember 1920 . . . M. 20.000.000,—
Hiervon kamen Zinsen im Jahre 1921 . . . M. 1.053.918,45
Rückvergütungen des Beamtenversicherungsvereins . . . M. 86.229,—
M. 21.090.207,45

Hiervon ab gewährte Pensionen . . . M. 1.209.781,55
M. 19.770.425,90

Durch die von uns beantragte Zuweisung von . . . M. 10.276.572,90 wird er die Höhe von . . . M. 20.000.000,— erreicht.

Die von uns an den Beamtenversicherungsvereine des Deutschen Bank- und Bankierverbandes im Jahre 1921 gezahlten Prämien beliefen sich auf M. 2.730.205,75.

Rücklage-Konto.

Der ordentlichen Rücklage sind im letzten Jahre durch das Aufgeld der beiden Kapitalerhebungen M. 200.000.000,— zuzurechnen. Es beträgt nunmehr die ordentliche Rücklage . . . M. 211.500.000,—
und die Rücklage B . . . M. 99.000.000,—

Durch die von uns beantragte Ueberweisung aus dem Reingewinn von M. 209.213.234,65, wird sich die Rücklage B auf M. 103.900.000,— erhöhen, und die Gesamtreserven werden alsdann M. 200.500.000,— = 76,45 % des Aktienkapitals betragen.

In Uebereinstimmung mit dem Aufsichtsrat beantragen wir, den als Ueberchuß der Aktiva über die Passiva sich ergebenden Reingewinn von . . . M. 209.213.234,65 wie folgt zu verwenden:

- Zuweisung zur Rücklage B . . . M. 50.000.000,—
- Abschreibung auf Bankgebäude . . . M. 50.000.000,—
- Mobilien-Konto . . . M. 18.600.000,—
- Zuweisung zum Pensionsfonds-Konto . . . M. 10.276.572,90
- Eigenes Guthaben-Fonds . . . M. 2.900.000,—
- Satzungsgemäßer Gewinnanteil an den Aufsichtsrät . . . M. 5.787.182,—
- 16 % Dividende auf M. 200.000.000,— . . . M. 41.600.000,—
- alte Aktien . . . M. 25.000.000,—
- 8 % Dividende auf M. 200.000.000,— . . . M. 25.000.000,—
- neue Aktien . . . M. 4.851.876,79

Berlin, im Mai 1922.

Der Vorstand.

Nathan, Jöckel, Horberl M. Gutmann, Irdina, Kieemann, Rübner, Frisch.

Sonntägliche Wanderziele.

Das Schenkendändchen.

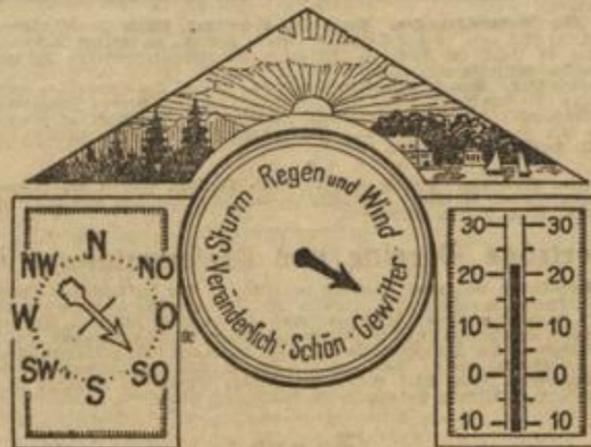
Mit dem Fernzug fahren wir vom Görlitzer Bahnhof oder mit der Stadtbahn nach Niederschönweide und dann mit dem Fernzug weiter bis Teupitz-Groß-Köris. Sonntagrückfahrkarten, die zur Hinfahrt schon am Sonnabendnachmittag von 6 Uhr an berechnen, IV. Klasse 14 M., III. Klasse 18 M. Vom Bahnhof wandern wir rechts auf der Chaussee nach Teupitz. In der Kiefernheide links des Weges stehen zahlreiche Bäume von ganz eigenartig verkrümmtem Wuchs. Besonders auffällig ist ein Kiefernpaar, das unmittelbar über der Erde einen halbkreisförmigen Bogen beschreibt und scheinbar wieder in den Boden hineinwächst, ehe sich der Stamm teilt und nun als Doppelstamm in Form einer Ygga zum Lichte strebt. Die Straße führt in der Nähe des rechts gelegenen Teupitzer Sees entlang nach Teupitz, bis vor wenigen Jahren das zweitkleinste Städtchen der Mark. Auf einer in den See hervorspringenden Halbinsel, die vom Festland durch eine sumpfige Niederung getrennt ist, liegt das Schloß. Von der Stadt aus führt ein Dammerweg durch die Niederung dorthin. Früher lag hier die Burg, von der noch ein Wasserturm am Eingang sowie Teile der Umfassungsmauern und Kellergründwerke erhalten geblieben sind. Sie war rings von Wasser umgeben; die Halbinsel war noch 1810 ein vollständiges Eiland. Teupitz, das frühere „Tupcz“, war ein altes Besitztum der Schenken von Landsberg bei Halle, das diesem Geschlecht schon im 13. Jahrhundert gehörte. Späterhin erwarben sie dazu die Herrschaft Wusterhausen; das vereinigte Gebiet hieß das Schenkendändchen. Ursprünglich gehörte es zur Lausitz und stand unter böhmischer Oberhoheit; erst 1462 kam es an Brandenburg. Das Geschlecht der Schenken von Landsberg ist 1720 ausgestorben. Von Teupitz wandern wir südlich um den Teupitzer See über Kleine Mühle nach Egsdorf und Tornows Idyl. Bemerkenswert sind einige alte Bäume mit Lauben darauf. Als dann zum Amtmanns Weinberg. 26 Meter über dem See mit schönem Ausblick auf Teupitz. Der Weg führt nun nordwestlich an die Chaussee, kurz vor Sputendorf, das an einer Talniederung liegt, die im Norden vom Töpchiner See ausgefüllt ist. Von dem Dorf geht nach rechts ein guter Weg durch schönen Wald nach Rantenheim am Zemminsee. Als bald kreuzen wir die Görlitzer Bahn und kommen nach Groß-Köris, zwischen Großem Roddersee (links) und Schulzensee (rechts) gelegen. An diesem See vorüber führt der Weg zum Bahnhof Teupitz-Groß-Köris, dem Ausgangspunkt der Wanderung. (Weglänge 20 Kilometer.)

Woltersdorf.

Von den Bahnhöfen der Stadtbahn fahren wir mit dem Erknerzug bis Wilhelmshagen. Vom Ausgang des Bahnhofs wenden wir uns rechts. Am Ende von Wilhelmshagen, wo links der Bütberg ansteigt, überschreiten wir die Eisenbahn und wandern auf dem in ostnordöstlicher Richtung verlaufenden Geßtel E weiter. Wir sind im Gebiet der Grenzberge, die dem Dünenzug zugehören, der sich von Rahnendorfer Mühle im Südwesten bis Woltersdorf im Nordosten erstreckt und dessen Hauptteile Schönungsberg, Bütberg, Grenzberge und Eichberg sind. Nachdem wir die Grenzberge verlassen haben und wieder auf der ebenen Talsohle sind, wenden wir uns sogleich nach links auf den Weg, der sich am Fuß der Düne hinzieht. Wir können hier sehr gut beobachten, wie die Düne unmittelbar aus der vollständig ebenen Talsohle ansteigt. Auch der Pflanzenwuchs zeigt einen gut bemerkbaren Unterschied. Im Tal ist der Waldboden grüner, Gras sprießt empor und zahlreiche Wacholderbüsche stehen zwischen den schlanken Kiefern. Auf der Düne ist dagegen der Waldboden nur mit dürftigen Pflanzenwuchs bedeckt, und die Kiefern zeigen ein krüppelhaftes Wachstum. Der Talboden gibt einen nährstoffreicheren Boden als der fast ausnahmslos aus Quarzkörnern bestehende Dünensand; auch liegt der Grundwasserspiegel der Talsohle höher als der Dünenoberfläche. Wir wandern in der Nähe des Dünenzugs weiter bis zur Chaussee von

Erkner, die wir beim Chausseehaus erreichen. Hier sehen wir einen großen Ausschlag in der Düne, es ist der Eichberg. In den ausgedehnten Gruben werden die unter dem Dünensand gelegenen Sand- und Kiesablagerungen der Eiszeit ausgedeutet. Hier kommen mitunter Knochen und Zähne jezt ausgestorbener Tiere wie Mammut, Rhinoceros zutage, ein Zeichen, daß diese Tiere einst hier gelebt haben. Wir kommen nach Woltersdorf, einem alten Dorf, das bereits im Landbuch Kaiser Karls IV. von 1375 erwähnt wird. Zahlreiche vorgeschichtliche Funde bezeugen, daß die Siedlung selbst schon einige tausend Jahre früher bestanden hat. Bei Woltersdorfer Schleiße überschreiten wir den Kanal, der den Rastsee im Norden mit dem Rastensee im Süden verbindet. Jenseits steigen die Kranichsberge auf; ihr höchster Punkt liegt 106 Meter über dem Meere oder 73 Meter über dem Rastensee. Vom Aussichtsturm bietet sich ein prächtiger Blick über die schöne, an Wald und Wasser reiche Umgebung. Von Woltersdorfer Schleiße wandern wir am Ufer des Rastensees und der Bödnitz zur Chausseebrücke. Wir überschreiten diese und sind nun in Erkner. Der Weg zum Bahnhof führt durch das freundliche Dorf bis zu seinem Nordende. (Weglänge 12 Kilometer.)

Wie wird das Sonntagswetter?



In den ersten Tagen der Woche rückte ein neues Hochdruckgebiet langsam von Westen nach Mitteleuropa vor. Nach ziemlich zahlreichen Gewitterregnen klärte sich daher das Wetter schon während des Pfingstfestes in ganz Deutschland wieder auf und in den folgenden Tagen blieb es allgemein trocken und weit überwiegend heiter. Die zunächst stark gesunkenen Temperaturen gingen neuerdings in die Höhe. Seit Dienstag überschritten sie in den Mittagstunden in einzelnen Orten im Südwesten, am Freitag im größten Teile des Binnenlandes 25 Grad Celsius. In Frankreich breitete sich Mitte der Woche ein zwar nicht sehr kräftiges, aber recht umfangreiches Tiefdruckgebiet aus, das zum Teil nach Norden, zum Teil nach Osten vordrang, während das Hoch aus Mitteleuropa nordwestwärts zurückwich. Am Mittwoch trübten sich daher an verschiedenen Stellen Süddeutschlands, am Freitag vormittag auch in der Rheinprovinz neue Gewitter ein, die sich voraussichtlich langsam weiter nordostwärts ausbreiten werden. In der Gegend von Berlin dürfte das trockene Wetter zunächst anhalten und unter schwachen, zwischen Ost und Süd schwankenden Winden die Hitze weiter zunehmen. Jedoch wird sich im Laufe des Sonntags der Himmel auch hier mehr und mehr bewölken, worauf leichte oder mäßig starke Gewitterregnen ziemlich wahrscheinlich sind.

Die Barmherzigen.

Vor zwei Jahren, so schreibt uns ein Leser, war ich im Kreis Arnswalde in einem Forsthaus. Die Leute waren streng evangelisch orthodox, Kirchenvorstand, Tischgebet, Sonntags Kirchenbesuch oder Andacht. Wir sprachen über Ferienaufenthalt Berliner Kinder: „Ausgeschlossen. Wir haben uns alle — Landbundmitglieder — verpflichtet, keine Berliner Kinder mehr zu nehmen. Wir sollen die Spartaistenkinder gesund füttern? Die mögen verhungern!“

In diesen Tagen war ich bei einem jungen Kaufmann, jüdisch orthodox. Ich wollte als gerichtlicher Pfleger zweier Kinder Auskunft über einen früheren Angestellten dieses Juden, über den Vater der beiden Kinder haben. Das ist ein Lump. Er hatte eine glänzende Stellung, betrog aber seinen Chef von vorn und hinten, so daß er vor zwei Monaten die Stellung verlor und nun unauffindbar ist. Der Kaufmann fragte mich nach dem Schicksal der beiden Kinder — Christenkinder. Das, was ich mitteilen konnte, war ein trübes Bild der Not der Zeit. Der Vater hat, seitdem er die Stellung verlor, nicht mehr gezahlt, so daß ich die Kinder jezt der öffentlichen Armenpflege übergeben muß. Dann werden die Geschwister auseinandergerissen. Da gab mir der Jude — unangefordert — Geld — reichlich, damit die Kinder nicht unter der Lumperei des Vaters zu leiden hätten, und versprach weiter zu helfen, damit die Kinder nicht getrennt würden.

Da kam mir jenes Gespräch im Forsthaus wieder ins Gedächtnis, und ich schämte mich meiner christlich-germanischen Mitbürger. Zu Hause holte ich meine alte Schulbibel wieder hervor und las das wunderbare Gleichnis vom barmherzigen Samariter noch einmal durch.

Und dieser war ein Samariter.

Im vierten Jahre der Republik.

Was man Schulkindern noch in die Hand gibt!

Wann werden die aus der monarchischen Ära überkommenen alten Lehrbücher der Schulen endlich durch solche ersetzt werden, aus denen unseren Nachwuchs etwas vom Geiste der neuen Zeit entgegenkommt? Wie ein Hohn auf die Republik wirkt die Unbefangenheit, mit der man Schulkindern sogar in Neuauflagen der Lehrbücher immer wieder noch die alte Kost bieten zu dürfen glaubt.

Wir durchblättern ein Buch, das in einer Wilmersdorfer Gemeindeschule benutzt wird, Arnstorffs Evangelisches Religionsbuch, Ausgabe E, bearbeitet von Dr. Häußler, 41. Auflage, erschienen im Jahre 1922 (wohlgemerkt: 1922). In dem Abschnitt über die Kirchenverfassung finden wir die Angaben, daß in der Provinzialsynode unter anderem auch „vom König ernannte“ Männer sitzen, daß zur Generalsynode 30 „vom König ernannte“ Personen gehören, daß „oberster Bischof und Schirmherr der Kirche der König“ ist. Daß im November 1918 Preußens König nach Holland desertiert ist und wir seitdem eine Republik haben, ist an dem Buch spurlos vorübergegangen. Für die Kinder, denen es in die Hand gegeben wird, hat Preußen immer noch seinen König, und immer noch ist er Bischof und Schirmherr der Kirche. Soll man sich da wundern, daß unter den in dem Buch gebotenen Liedern auch das Lied „Vater, fröne Du mit Segen unsern König und sein Haus“ nicht fehlt? Ein würdiger Seitenstück dazu ist ein Judidigungslied, das wohl dazu bestimmt war, am Geburtstag des Kaisers gesungen zu werden. Es beginnt: „Herr, Dir tönen unsere Lieder, Du schenkst den frohen Tag uns wieder, der uns zu lautem Dank entzündet. Heil und Wohlthat, Ruh und Frieden wird durch den Kaiser uns beschieden, mit dem uns Deine Hand besüßet. Aus Deiner milden Hand empfing ich unser Land, treuer Vater! Drum danken wir anbetend hier für solchen Segen heute Dir.“ Wie muß denkenden Kindern zu Mute werden, wenn ihnen diese Verse vor Augen kommen! Ansehts der durch den Krieg unter Wilhelms II. glorreicher Führung über das deutsche Volk abgebrachten Rot sollen sie wohl Gott für „solchen Segen“ danken?

Uns drängt sich die Frage auf, was Dr. Häußler zu einer die Zeitverhältnisse berücksichtigenden Veränderung des Arnstorffschen Buches getan haben kann, ehe der Verlag die 41. Auflage herausbrachte. Auffällig ist, daß auf dem mit dem Jahre 1922 versehenen Titelblatt der Bearbeiter Dr. Häußler noch als Stadt- und Kreis-schulinspektor bezeichnet wird, obwohl er schon seit einigen Jahren das Amt eines Direktors des Stadtdamts Berlin hat.

Der Ruf durchs Fenster.

Roman von Paul Franck.

„Weshalb schläfst du nicht? Genug, wenn ich wach bleiben muß... Dich kümmert doch die ganze Geschichte nichts...“
„Da hast du ganz recht...“
„Wenn Albert Reuß auch einmal dein Kollege gewesen ist...“
„Wie sehr ich es bedauere, daß du ihn nun doch nicht gesehen hast!“
„Ich auch — da er in diesem Fall nicht verschwunden wäre. Dann könnten wir beide in diesem Augenblick unbehelligt schlafen.“
„Wie denkst du über den Fall?“
„Raubmord.“
„Entsetzlich. Habt ihr eine Spur?“
„Nicht der Rede wert... von einer einzigen abgesehen...“
Es gibt nämlich einen Brief.
„Was für einen Brief...?“
„Den er von einer Dame erhalten hat...“
„Wo ist der Brief...?“
„Albert Reuß hat ihn bei sich...“
„Ihr habt ihn also nicht?“
„Nein — wir wissen bloß, daß er ihn empfangen hat.“
„Und wer ihn geschrieben hat?“
„Das wissen wir auch nicht. Aber — was der Brief enthält, das wissen wir.“
„Wenigstens etwas.“
„Die Dame hat ihn um ein Rendezvous gebeten; sie wird sich morgen — das heißt heute vormittags — beim Bühnenportier Bescheid holen...“
„Sie wird sich hüten...“
„Wie meinst du?“
„Schade, daß ihr den Brief nicht habt!“
„Der Brief war im Portefeuille, und dieses ist gestohlen; darauf gründet sich ja hauptsächlich meine Annahme, daß ein Raubmord vorliegt. Aber nun kannst du endlich beruhigt schlafen, mein Kind.“
„Ja...“ sagte sie. „Das kann ich jezt... Sei bloß so lieb, Sascha, und dreh die Lampe aus...“
„Gern, mein Liebling...“ murmelte er.
Er machte dunkel, küßte sie vorsichtig auf den nackten Oberarm, der unter der Decke hervorjab, und schlich auf den Beheimpfgen aus dem Zimmer.

10.
Der Theaterdirektor und der Kassierer Kumperden traten in das Vorzimmer der Reußschen Wohnung. „Ist die gnädige Frau zu Hause...?“ fragte der Direktor. „Ich will die Herren gleich mal melden...“ antwortete das Stubenmädchen. „Die gnädige Frau wird sich gewiß sehr freuen... Herr Doktor Jordan ist gerade da...“
„Das trifft sich ausgezeichnet, daß Doktor Jordan hier ist...“ murmelte Kumperden.
„Ich habe noch immer keine Ahnung...“ flüsterte der Theaterdirektor.
Das Stubenmädchen führte die beiden Herren in den Salon.
Frau Hedwig saß in einer Sofaecke, aus der sie sich nun erhob, als sie den Eintretenden entgegenging. „Das ist hübsch von den Herren, daß sie sich der armen Verlassenen erinnern...“
„Meine Verehrung, gnädige Frau...“ stammelte der Theaterdirektor, während der Kassierer den Arzt begrüßte.
Frau Hedwig nötigte die Herren, Platz zu nehmen.
„Schlecht sehen Sie aus, mein lieber Herr Direktor,“ scherzte Doktor Jordan. „Gehen denn die Geschäfte flau?“
„Gott bewahre — das hat mit dem Geschäft nichts zu tun...“ wehrte dieser ab.
„Sie werden doch nicht mein Patient werden wollen...?“
„Kann man gar nicht wissen...“
„Haben die Herren am Ende Nachricht von meinem Mann?“ fragte Frau Hedwig. „Ich finde es unverantwortlich von ihm, daß er noch nicht depeßliert hat...“
„Hat er noch nicht depeßliert...?“ fragte Kumperden.
„Vom Herrn Gemahl haben wir auch keine Nachricht...“ sagte der Theaterdirektor.
„Das ist doch ganz selbstverständlich, daß er Ihnen zuerst telegraphiert, liebe gnädige Frau!“ rief Doktor Jordan.
„Von ihm selbst besitzen wir allerdings kein Lebenszeichen...“ setzte Kumperden hinzu, indem er seinen Chef eigentümlich anlächelte.
„Nein...“ sagte dieser.
„Was haben denn die beiden?“ fragte der Arzt, dem das sonderbare Betragen der Herren auffiel. „Haben Sie nun Nachricht erhalten oder nicht?“
„Gewiß...“
„Eine Depesche ist eingetroffen...“
„Eine Depesche?“ wiederholte Frau Hedwig. „Sie sagten doch noch...“
„Eben deshalb sind wir ja hier,“ erklärte der Direktor.
„Wo haben Sie das Telegramm?“ fragte der Arzt.

„Albert depeßliert an das Theater...“ sagte Frau Hedwig tonlos.
Der Theaterdirektor suchte in den verschiedenen Taschen seines Mantels. „Wenn ich jezt bloß müßte...“ sagte er. „Haben Sie keine Ahnung, Kumperden?“
„Nein,“ wehrte dieser ab. „Sie haben das Telegramm eingesteckt... Ich weiß mich genau zu erinnern...“
„Das ist doch sonderbar,“ sagte der Arzt.
„Was ist Ihnen eigentlich, meine Herren?“ fragte Frau Hedwig, die sich das merkwürdige Betragen ihrer Gäste nicht erklären konnte. „Was meinen Sie, Doktor?“
„Hier ist die Depesche,“ sagte der Theaterdirektor, der das zusammengefaltete Papier zwischen den Fingern hielt. „Entschuldigen Sie, gnädige Frau, aber es wird besser sein, wenn der Herr Doktor das Telegramm zuerst liest...“
Dieser hatte das Papier mit einem Ruck auseinandergefaltet. Frau Hedwig, die schlimme Botchaft abhte, war leichenblau geworden, und ihre angstvollen Blicke gingen an den Lippen des Arztes. Kumperden war hinter Frau Hedwig getreten, als wäre es seine Absicht gewesen, bereit zu bleiben.
Doktor Jordan las und blieb stumm.
„Doktor! Sprechen Sie doch ein Wort!“ schrie Frau Hedwig auf und rief ihm das Formular mit einer entschlossenen Handbewegung aus den Fingern; mit einem eben so raschen Blick hatte sie, was darauf stand, gelesen, ehe der Arzt das zu verhindern vermocht hatte.
Dne einen Laut hörbar werden zu lassen, sank sie um. Der Kassierer fing sie in seinen Armen auf.
„Da haben wir die Bescherung...“ jammerte der Theaterdirektor. „Ich habe es gemerkt. Wie schwer mir dieser Gang geworden ist!“
Der Arzt hatte die Ohnmächtige auf dem Sofa gebettet. „Entsetzlich!“ rief er und bemühte sich energisch um Frau Hedwig, so daß es ihm gelang, sie binnen kurzem wieder zu sich zu bringen, die, als sie erwacht war, vorerst einen heftigen Weinkrampf erlitt. Die drei Herren boten alles auf, die fassungslos sich gebärdende Frau zu beruhigen, die zartem Zuspruch unzugänglich war. Ruhiger geworden, verlangte sie die Depesche zu sehen, starrte die Buchstaben an und brach in neverliches Schluchzen aus.
„Wann haben Sie das Telegramm erhalten?“ fragte der Arzt.
„Vor einer Stunde etwa...“ antwortete der Kassierer.
„Wir haben nicht lange überlegt und waren sogleich entschlossen, unsere traurige Pflicht zu erfüllen...“ setzte der Theaterdirektor hinzu. (Fortf. folgt.)

Der unsichtbare Käufer.

Wie einer um seinen Brillantring gepresst werden sollte.

Unter der Anklage des Betruges hatte sich der noch jugendliche Ingenieur Fritz Pallenberg vor der 10. Strafkammer des Landgerichts I in der Berufungsinstanz zu verantworten.

Der trotz seiner Jugend mehrfach mit schweren Gefängnisstrafen vorbestrafte Angeklagte hielt sich im vorigen Sommer in Berlin auf und besuchte hier die Rennplätze. Auf der Rückfahrt von der Rennbahn Grunewald lernte er einen Herrn Kaufmann kennen, dem er sich unter falschem Namen vorstellte. Kaufmann, der an seiner Hand einen Brillantring trug, ließ die Bemerkung fallen, daß er den Ring verkaufen möchte. Nach einigen Tagen klingelte der Angeklagte bei A. an und teilte ihm mit, daß er einen Käufer für den Ring habe und forderte ihn auf, nach dem Victoria-Café zu kommen. Dort erklärte er ihm, der Käufer sei in dem bekannten Restaurant Krugwanke in der Friedrichstraße. Vor dem Hause angekommen, sagte er dem A., er solle draußen warten, er werde mit dem Ring nach oben gehen und mit dem Kaufmann verhandeln. Nach einiger Zeit kam er herunter und erklärte, der Käufer wolle nicht den geforderten Preis von 2800 M., sondern nur 2600 M. geben. A. war damit einverstanden und der Angeklagte ging wieder nach oben in das Restaurant. Dem Zeugen kam die Sache nun doch etwas verdächtig vor und so ging er dem Angeklagten nach. Kaum hatte er das Lokal betreten, als er den Angeklagten in großen Sähen durch das Lokal laufen und durch einen Ausgang nach der Mittelstraße verschwinden sah. Er lief ihm nach, doch der Angeklagte war spurlos verschwunden. Es gelang erst nach einiger Zeit, seiner habhaft zu werden. Er behauptete vor Gericht, daß er den Ring tatsächlich dem Reflektanten habe übergeben wollen, dieser habe ihn aber schließlich doch nicht gekauft. Das Schöffengericht hatte seinerzeit dem Angeklagten diese Geschichte nicht geglaubt, sondern ihn zusätzlich zu einer zeitweiligen Haft von 2 1/2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt. In der Berufungsinstanz suchte der Verteidiger die Darstellung des Angeklagten doch als nicht ganz unwahrscheinlich hinzustellen. Die Strafkammer beließ es jedoch bei dem ersten Urteil.

Der „Kavalier“ mit dem Scheckbuch.

Ein eigenartiger Lebemann trieb seit längerer Zeit in verschiedenen Stadtvierteln sein Unwesen, bis er jetzt dingfest gemacht wurde. Er entpuppte sich als ein Hans Leichwitz aus der Holzmarktstraße 48, der den Kavalier spielte, ohne daß es ihm einen Pfennig kostete. Er war ein so großer Freund der unbaren Zahlung, daß er sogar für genossene Liebe jedes mal einen Scheck gab. Weil er aber von der Liebe allein nicht leben konnte, so führte er seine jeweilige Freundin, wenn er bares Geld brauchte, in irgend ein vornehmes Lokal, ließ sie dort die Zechen bezahlen, gab ihr dann einen Scheck auf eine bedeutend höhere Summe und besam von ihm den Ueberfluß abzüglich der „Kosten für die Unterhaltung“ heraus. Zu ihrer größten Ueberraschung machten die Damen nachträglich die Erfahrung, daß der Scheck wertlos war, weil auf der Bank des Kavaliers keine Deckung war. Leichwitz hatte einmal auf der Ostfriesischen Bank ein Konto gehabt, das aber längst erloschen war; von ihm rührten noch die überschüssigen Schecks her. Eine Liebhaberin traf den Kavalier jetzt auf der Straße wieder, wor aber gar nicht mehr lieb und ließ ihn vom Fleck verhaften.

Schnuscht nach dem Dollar.

Ein Betrugsversuch gegen den General von Seekt lag einer Anklage zugrunde, welche gestern die Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte. Angeklagt war der Schriftsteller Rudolf Heilmeyer aus Strausberg. Vor einiger Zeit erhielt der General von Seekt einen anonymen Brief, in welchem er angefragt wurde, ob er für wichtige politische Dokumente, welche sich gegen die jetzige Regierung richten, die Summe von 30000 Dollar bezahlen wolle. Der General übergab den Brief sofort der Kriminalpolizei, welche die weiteren Ermittlungen übernahm. Diese setzte sich mit dem anonymen Abfender durch einen im Postfach des Postamts C. 2 niedergelegten Brief in Verbindung und ging im Namen des Generals und in dessen Einverständnis auf die Sache ein, um den Briefschreiber sicher zu machen. Dieser teilte mit, daß er das Paket mit den Dokumenten auf der Gepäckaufbewahrungsstelle des Anhalter Bahnhofes nach Zahlung der verlangten Summe hinterlegen wolle. Der Bahnhof wurde beobachtet und der Angeklagte festgenommen. — Vor Gericht gab der Angeklagte zu, daß er gar keine wichtigen Dokumente zu verkaufen gehabt habe. Das Gericht verurteilte H. zu 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 6 Wochen der erlittenen Untersuchungshaft.

Selbstkontrolle der Kraftdroschkenbesitzer.

Zur Frage der Fahrverweigerung werden uns vom Verein Berliner Kraftdroschkenbesitzer folgende Ausführungen gemacht: Der organisierte Kraftdroschkenbesitzer ist von dieser Organisation verpflichtet, jede von ihm geforderte Fahrt zu leisten, solange sich der Wagen im Dienste befindet. Leider gibt es eine ganze Reihe von Kraftdroschkenbesitzern und -führern, die sich bisher noch keiner Organisation angeschlossen haben und auf deren Konto der weitaus größte Teil der Fahrverweigerung gesetzt werden muß. Zur Unterstützung der mühevollen Arbeit der Aufsichtsbehörden ist von den beteiligten Organisationen vor einiger Zeit eine 24gliedrige Kommission gewählt worden, die durch Straßenpatrouille die von den Mitgliedern zur Anzeige gebrachten Uebertretungen der Vorschriften nachprüft und auch selbst eingehende Beobachtungen über Fahrverweigerungen weiter verfolgt. — Wiederholt ist, so wird uns weiter geschrieben, auch in der Presse der Meinung Ausdruck gegeben worden, daß mit den Droschkennummern in Berlin ein schwunghafter Handel getrieben werde. Vor dem Kriege hatte eine Kraftdroschkennummer einen gewissen Wert, der heute jedoch längst geschwunden ist, da der Besitz einer Kraftdroschke keine auskömmliche Existenz mehr ist. Wenn hier und da die eine oder andere Droschkennummer verkauft wird, so handelt es sich hierbei nicht um eine Gewinnerzielung, sondern um die Notlage, in der sich der Besitzer befindet, da niemals nur die Nummer, sondern stets Wagen und Nummer verkauft werden. Ebenso sind auch in den Berliner Droschkenbetrieben keine überstarken Wagen vorhanden, vielmehr haben die Berliner Kraftdroschken nur 10/24 PS, und erste kurze Zeit vor Kriegsbeginn wurden einige neue Wagen eingestellt, die etwas stärker waren und 14/30 PS hatten.

Der Lustmord in der Prenzlauer Straße, dem die 3 Jahre alte Dorothea Schmidt zum Opfer fiel, ist noch immer nicht aufgeklärt. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei haben aber zur Aufdeckung vieler anderer Untaten an kleinen Mädchen und zu zahlreichen Verhaftungen geführt. Die Teilnahme des Publitums an dem schrecklichen Verbrechen und seiner Aufklärung ist so lebhaft, daß täglich neue Anzeigen bei der Vorkommission eintröfen. Sie betreffen zum Teil schon länger zurückliegende Angriffe auf Kinder, zum Teil aber auch neue aus den letzten Tagen. Eine ganze Reihe von Tätlingen sind infolgedessen festgenommen und der Staatsanwaltschaft vorgeführt worden. Angefichts dieser Vorkommnisse müssen die Mütter ihren Kindern immer von neuem einscheren, sich nicht von Fremden anprechen, begleiten oder gar mit Bonbons usw. beschenken zu lassen.

Festnahme eines Wäflings. In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr wurde der 49 Jahre alte Kaufmann Paul K. in seiner Wohnung in der Eldenaer Straße festgenommen, weil er fast jede Nacht Mädchen unter 16 Jahren nach seiner Wohnung lockte und hier unsittliche Handlungen mit ihnen vornahm. Nach Ausfragen von Hausbewohnern hatte K. auch hier noch schulpflichtige Mädchen nach seiner Behausung verschleppt. Der Wäfling wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Lebensmittelpreise des Tages.

Zufuhr: Fleisch ausreichend, Geschäft ruhig. Fische knapp, Geschäft oft lebhaft. Obst und Gemüse hinreichend, Geschäft flott.

Am Freitag galten in der Zentralmarkthalle folgende Kleinhandelspreise:
Rindfleisch 50—56 M., ohne Knochen 57—60 M. Schweinefleisch 48—58 M. Kalbfleisch 32—33 M. Hammelfleisch 34—50 M. Schellfisch 10—14 M. Rotzungen 9—10 M. Schollen 13—16 M. In Eis: Schleie 36—40 M. Hechte 35—39 M. Zander 38—41 M. Bleie 10—16 M. Labondo Barsche 22—24 M. Karpfen 35—40 M. Aale 16—27 M. Aale 55—60 M. Weizenriesel 14—15 M. Halbergs 10 M. Mafersmehl 18—24 M. Wildschwein 20—42 M. Hühner 40—53 M. Gänse 30—65 M. Puten 50 M. Kartoffeln (alte) 16 bis 21 M. 10 Pfund. Kartoffeln (neu) 7—8,50 M. das Pfund. Spargel 4—15 M. Zwiebeln 5—12 M. Radisches 0,50 bis 0,75 M. das Band. Zitronen 4—6,50 M. das Stück. Stachelbeeren (unreife) 8—9 M.

Kriegsopfer heraus! Am Sonntag, den 11. Juni, vormittags 10 Uhr, veranstaltet der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen eine öffentliche Protestversammlung in der Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11, gegen die völlig unzureichende Rentenversorgung der Kriegsopfer. Willkür eines jeden Versorgungsberechtigten muß es sein, an dieser Kundgebung teilzunehmen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand!

Heute Sitzung abends 6 Uhr im Sekretariat, Lindenstraße 3. Sämtliche Kreisvorsitzenden müssen anwesend sein.

Heute, Sonnabend, den 10. Juni:

Berlin. Abends 7 1/2 Uhr im Clubhaus, Gruppenkonferenz. Vortrag.

Morgen, Sonntag, den 11. Juni:

Elternbeiratswahlen der 9. Wahlzone, Bezirk 22. Wahlzeit vormittags 8 bis nachmittags 2 Uhr. Nicht aller Eltern ist es, die „Freiwillige Eltern“ zu wählen. Genossen, die B.-hilfe leisten, treffen sich Sonnabend, den 10. Juni, abends 8 Uhr, bei Schumann, Stettiner Str. 48.
45. Wkt. Früh 9 Uhr holen sich sämtliche Bezirksführer, Betriebsleiter, Ortsleiter und Elternbeiräte bei Wolff, Forster Str. 44, sehr wichtiges Material ab.
131. Wkt. Kiebitzshäuser. Die heute, Sonnabend, ständige Funktionskonferenz fällt aus. Die Bezirksleiter werden gebeten, zu der am Mittwoch, den 14. Juni, bei Albin Kattfischenden Mitgliederversammlung die Gesellen rechtzeitig einzuladen.
Jungsozialisten. Gruppe Schönberg-Friedenau. Besuch des Botanischen Gartens. Treffpunkt früh 9 Uhr Koller-Wilhelm-Platz. — Gruppe Lichtenberg. Besichtigung der Erziehungsanstalt „Lindenhof“. Treffpunkt vormittags 9 Uhr Frankfurter Allee, Ecke Gubrunstraße. Alle Parteimitglieder des 17. Kreises sind eingeladen.

6. Kreis. Kreuzberg. Montag, den 12. Juni, 7 1/2 Uhr. Sitzung der Elternbeiratsobleute bei Blum, Planufer 75—76. Jede Abteilung muß vertreten sein. Wahrscheinlich mitbringen.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freizeitsport-Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr im Rathaus, Adligstraße, Vortrag des Herrn Dr. H. Haller: „Was wir dem Morgenlande verdanken“. Barmonium: „Aus „Derobles“ (Raffaelli). — Pappel-Allee 15, Vortrag des Herrn E. Dämmig: „Vor 400 Jahren und heute“. Gäste willkommen.
Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Bezirk Norden 8. Mitglieder-Versammlung am Montag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, im Scherhof, Chausseest. 64.
Spartarerein „Kette Edel“. Sitzung jeden ersten Montag im Monat, 8 Uhr, im Restaurant Wilhelm Jahnke, Berlin-Mariendorf, Chausseest. 54.

Sport.

Motorradrennen im Grunewald.

Auf der Aousbahn im Grunewald finden heute (Sonnabend) nachmittags 2 1/2 Uhr die vom Allgemeinen Deutschen Automobilklub veranstalteten Rennen für Motorräder statt. Sie dürften die größte bisher in Deutschland gesehene derartige Konkurrenz sein. Neben allen namhaften deutschen Firmen erscheinen starke ausländische Maschinen am Start. Am Sonntag nachmittags 2 Uhr beginnen dann auf der gleichen Strecke die Autorennen.

Der fürchterliche Sonnenbrand der letzten Tage hat die Leerung der Bahn noch nicht zur rechten Festigung kommen lassen, so daß die Teilnehmer während des Trainings genötigt waren, in den Kurven ihre Geschwindigkeit bis auf 30 Stundenkilometer herabzusetzen. In den letzten Tagen haben sich jedoch die Bahnverhältnisse gebessert. Weitere Kreise der Bevölkerung sehen den Kämpfen um den besten Willen mit großem Interesse entgegen, weil es von den Motorfahrzeugen die Kleintraföber und die Fahrräder mit Hilfsmotoren sind, deren Anschaffung noch am billigsten ist. Es sind nicht weniger als 74 Kennungen von 26 Firmen eingegangen. Da mit dem Andränge gewaltiger Zuschauermassen zu rechnen ist, werden im Verkehrs- und Sicherheitspolizeiliche Interesse eine Reihe wichtiger Verkehrsbeschränkungen angeordnet werden. Von Berlin kommende, noch beladene Fahrzeuge mit Zuschauern für Tribünen oder den Platz in der Südkurve fahren durch bis zum Weg nach Schwanenwerder und in diesen Weg hinein, werden hier entladen. Sämtliche Pferdewagen ohne Wagenkarten fahren durch den Kaiserdamm nach dem Königsweg und sehen dort ihre Fahrgäste ab. Sämtliche Kraftwagen ohne Wagenkarten fahren durch die Bismarckstraße bzw. Kantstraße nach der Suarez- und Dornburgstraße und sehen dort bzw. in den andern Querstraßen südlich der Neuen Kantstraße ihre Fahrgäste ab. Kremler (Lorwagen) fahren durch die Bismarck-, Suarez- bzw. Kantstraße nach der Neuen Kantstraße und entladen dort vor der Viehsebrücke ihre Fahrgäste.

Strassenperrungen. Für beide Tage werden ab 12 Uhr mittags bis 3 Uhr nachmittags für den gewöhnlichen Fußweg und Wagenverkehr gesperrt: die Masurenallee, Königin-Elisabeth-Straße zwischen Kaiserdamm und Rennbahn, Königsstraße zwischen Kaiserdamm und Königsweg, Königsweg, Suarezstraße zwischen Kaiserdamm und Neue Kantstraße. Die Straßen dürfen nur von den zur Automobilrennbahn fahrenden Wagen befahren werden. Im Interesse einer leichten und ungehinderten Umwidmung des Verkehrs wird darauf hingewiesen, daß den Anordnungen der Schutzpolizeibeamten unbedingt Folge zu leisten ist.

Renner zu Kuhlleben am Freitag, den 9. Juni.

1. Rennen: 1. Kowalski I (Kozak), 2. Bedra (Steuer), 3. W. Rudolf (Häufel). Tot: 183:10, Bl. 28, 20, 15:10. Ferner Hefen: Carina, Reibherr, Warden, Edward I. Lenz I, Reig III, Matila, Poczma, Wimon I, Dobrian, Gorder, Feiba Wimmer, Gaspold I, Grah I, Wästor d.
2. Rennen: 1. Kowalski (Waldmüller), 2. Talna (Weiß), 3. Wagoor I (Herm. Schenk). Tot: 27:10, Bl. 13, 14, 19:10. Ferner Hefen: Polka, Bessa Damban, Blaue Aeria, Schneewolke, Alice V, Blaumeise, Gefe B I, Jma Guy, Lady Belaur.
3. Rennen: 1. Wimon (Waldmüller), 2. Rarledon H. (Herrmann), 3. Gladium (W. Räder). Tot: 21:10, Bl. 15, 20, 21:10. Ferner Hefen: Berth H., Doppelgänger, Boby, Dr. Wolf R., Nalaf, Handschlag, Dingen jr., Topinambur, Wlabmer d., Worganat, Pilger, Fremdling, Vardana, Kenie, Beahelle.
4. Rennen: 1. Gerard H. (Teubel), 2. Best (W. Freund), 3. Boby (Grogmann). Tot: 25:10, Bl. 14, 15, 13:10. Ferner Hefen: Konrad H., Doppelplader, Wantenfel.
5. Rennen: 1. Kurei (Steinagel), 2. Ludmil I (Waade), 3. Heiderote H. (Lichtenfeld). Tot: 18:10, Bl. 12, 16, 16:10. Ferner Hefen: Glädschädel, Galus I, Alexander H., Grelles.
6. Rennen: 1. Wäldch (Holmann), 2. Biene III (Eder), 3. Wakenfen (W. Ringus). Tot: 88:10, Bl. 31, 65, 25:10. Ferner Hefen: Gänbke, Faust II, Sojoso II, Pilska, Ogema, Glantel.
7. Rennen: 1. Biffale (Grogmann), 2. Wästrof (W. Ringus), 3. Aulertrud (W. Lemzer). Tot: 67:10, Bl. 30, 33, 62:10. Ferner Hefen: Dr. Weydow, Fildourg W., Feuerball, Dänaburg, Bique, Jupiter III, Barde, Jmale I, Dr. Gyllen, Jung Bergl. a. B., Witorik, Palm, Baitz.

8. Rennen. 1. Grunewald (Grogmann), 2. Wästhor (W. Ringus), 3. Angriff (Steinagel). Tot: 17:10, Bl. 14, 39, 25:10. Ferner Hefen: Sigurd, Jason jr., Amorette, Falter, Gedrus.

Auf der Olympiabahn kommt morgen, Sonntag, das „Goldene Rad von Berlin“ zur Entscheidung. Das flüssige Rennen wird in einem Lauf über 100 Kilometer ausgefahren. An den Start gehen: Bauer, Krupat, Demanow, Weiß und Stelbrink. Außerdem bestreiten das „Kleine Goldene Rad“ über 50 Kilometer: Hoffmann, Rubel, Schuborn, Schreyer und Schmal. Die Sieger bestreiten ein 15-Runden-Landem-Bedimentfahren und ein Auscheidungsfahren. Die Rennen beginnen nachmittags 4 Uhr.

Die Olympischen Spiele bleiben unabhängig bei Frankreich. Auf Grund einer Besprechung des Internationalen Olympischen Ausschusses mit dem Ministerpräsidenten Poincaré ist die Abhaltung der Olympischen Spiele in Paris für 1924 nunmehr endgültig gesichert, da die Regierung und die Stadt Paris ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt haben.

Arbeiter Sport.

Die Arbeiter-Schwimmer des Kreises I werden anlässlich des Reichsarbeiter-Sporttages am 11. Juni im Stadion auf der Schwimmbahn stark vertreten sein. Es sind 207 Meldungen für die Wettkämpfe im Schwimmen, Springen und Wasserballspiel abgegeben. Im Springen werden die Besten, B. Janietz (Wittenberg), Köhler (Neudöln), Radtigall (Vorwärts) ihre Kräfte messen. Das Wasserballspiel, welches die Entscheidung zur Arbeiter-Olympiade in Leipzig bringen soll, wird großes Interesse in Anspruch nehmen. Das Gruppenpringen und die Rettungsübungen werden Gutes zeigen. Gerade letztere werden von den Vereinen eifrig betrieben, da die Arbeiter-Schwimmervereine häufig die Rettungsarbeiten in den Freibädern leisten. Auf diese Weise dient der Sport nicht einer Ehem, unfruchtbarer Sportlererei, sondern stellt sich in den Dienst der Menschlichkeit.

Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Berlin. Abt. Mitte. Treffen der Abteilung zum Arbeitersporttag im Stadion 8 Uhr Bahnhof Grunewald. Radfahrer 9 Uhr Teufelssee (Wasserwerk).

Briefkasten der Redaktion.

Briefliche Auskünfte werden nicht erteilt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage füge man einen Zuchhaben und eine Nummer bei. Eilige Anfragen trage man in der Jarischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, I. Hof par. links, vor. Schriftstücke und Beiträge sind mitzubringen.

W. R. 49. Koch nicht bestimmt. Erklären Sie durch die Zeitung, Comk Voh und Blum.

O. J. 28. I. Eine Verpfändung zur Gewährung der Ermäßigung besteht nicht. J. Reim. — W. J. 37. Erken Sie sich mit einem kaufmännischen Unternehmen oder Patentanwalt in Verbindung. — G. G. Nicht geeignet.

Wirtschaft

Der europäische Arbeitsmarkt.

Die nichtdeutsche Wirtschaft leidet nach wie vor unter ungeheurer Arbeitslosigkeit. Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht jetzt die Ziffern der Arbeitslosigkeit Ende März aus Belgien. Danach sind von rund 730 000 Arbeitern, die in den Arbeitslosenlisten als Versicherte gezählt werden, über 9 Proz. arbeitslos resp. nur in Kurzarbeit beschäftigt. Es wurden im März 1922 für 1 080 000 Tage Arbeitslosenunterstützung gezahlt; im März des vorigen Jahres mußten für nahezu 2 Millionen Tage Unterstützungen geleistet werden. Die Arbeitslosigkeit ist also etwas zurückgegangen. Für Großbritannien ist beachtenswert, daß bei den Arbeitsnachweiser Ende März 1 600 000 Bollarbeitslose eingetragen waren. Mitte April waren es 10 000 weniger. Dazu kommen aber noch rund 190 000 Kurzarbeiter. In Norwegen bewegt sich die Arbeitslosigkeit ebenfalls langsam rückwärts. Es waren bei den öffentlichen Arbeitsnachweiser Ende Februar 30 600 Arbeitslose eingetragen, Ende März waren es 29 700. Zu beachten ist aber, daß demgegenüber im März des Vorjahres sich diese Zahl nur auf 20 100 belief. Hier haben wir also gegenüber dem Vorjahr trotz der geringen Verbesserungen vom Februar zum März eine erhebliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes. Schweden meldet für Februar 156 000 Arbeitslose und rund 30 000, die bei öffentlichen Arbeiten beschäftigt waren. Gegenüber dem Januar 1922 bedeutet das einen kleinen Rückgang. Die Schweiz berichtet Ähnliches. Zwar hat dort die Zahl der bei Rotstandsarbeiten Beschäftigten zugenommen, doch ist dies darauf zurückzuführen, daß solche Arbeiten in letzter Zeit durch die Behörden in größerem Umfang vorgenommen wurden. Es werden 90 000 Bollarbeitslose und 40 000 Kurzarbeiter für Ende März gemeldet. Die Tschechoslowakei berichtet von einer bedingungslosen Zunahme der Arbeitslosigkeit. Hier liegen allerdings die neuesten Ziffern noch nicht vor. Dort waren im Dezember 1921 in den Arbeitsnachweiser eingetragen oder als Arbeitslose unterstützt rund 78 000 Personen, für den Januar werden 102 000 gemeldet. Hier liegt die Ursache in dem katastrophalen Steigen der tschechischen Krone.

Gegenüber diesen Zahlen sind die der deutschen Arbeitslosigkeit, über die wir jüngst schon berichteten, in entgegengesetztem Sinne charakteristisch. Wir leben noch in Hochkonjunktur und registrieren nur geringe Arbeitslosigkeit, obwohl sich Zeichen eines Umschwunges, im besonderen in der Verringerung des Außenhandels und dem Rücklassen der Bestellungen schon bemerkbar machen. Entscheidende Schlüsse lassen sich daraus aber auch noch nicht ziehen, weil die Weiterentwicklung unserer Konjunktur zurzeit im wesentlichen von der Gestaltung unserer Baluta abhängt, und sie wird momentan durch die Anleiheverhandlungen in Paris völlig beherrscht.

Verschärfung der Kaupferr in der Textilbranche. Die durch die unbegrenzten Preisvorbehalte der Wollweberverbände und die dadurch verursachte Kauf- und Musterperr seitens des Reichsbundes des Textileinzelhandels hat, wie der „Konfektionär“ erfährt, erneute Verschärfung erfahren. Der Einzelhandel hat durch neuerliche Bekannmachung seine Kaupferr dahin ausgedehnt, daß nunmehr nicht nur Webwaren, sondern auch daraus hergestellte Konfektion nur von Seiten der dem Reichsbund angeschlossenen Einkaufsvereinigungen des Einzelhandels oder von den Mitgliedern der der Wollwebergemeinschaft angeschlossenen Konfektions- und Großhandelsverbände bezogen werden darf. Diese neue Sachlage kommt einem völligen Boykott gleich.

Die österreichische Finanzkatastrophe. Die Katastrophenhilfe auf dem Valutenmarkt fand ihre Fortsetzung. Der Dollar stieg auf 50 800 Kronen.

Rückgang der Betriebsoverpackungen in Russland. Die Krise der russischen Industrie macht sich auch in den an Private verpachteten Betrieben stark bemerkbar. Im Zusammenhang damit ist ein jäher Rückgang in der Zahl der Verpachtungen zu verzeichnen. Neben der Krise machen es die hohen staatlichen Abgaben vielen privaten Interessenten unmöglich, ihre Betriebe mit Gewinn zu führen. Die obligatorische staatliche Versicherung muß für ein ganzes Jahr vorausbezahlt werden und geht für größere Unternehmungen in die Milliarden Somjetrubel. Die Stempelgebühren, die bei Abschluss der Verträge zu zahlen sind und 1/2 Proz. des mutmaßlichen Wertes der Gesamtzeugung für die ganze Laufdauer betragen, sind sehr drückend. Ferner muß der Pächter meist auch größere Aufwendungen für die Instandsetzung der Betriebe machen, bevor die Arbeit beginnen kann.

(Schluß des rebellischen Teils.)

Ein Linblinoboywist



jeder deutschen Familie sind noch immer Eiernadeln gewesen. Nudeln werden heute gut und billig in der Fabrik hergestellt. Die Hausfrau verwendet daher, wenn sie ein wohlschmeckendes, bekömmliches und kostiges Gericht herstellen will, nur Fertigfabrikate, die in anerkannter Güte überall zu haben sind.

Das Wirken des ADGB.

Bericht an den Gewerkschaftskongress in Leipzig.

Die ganze Fülle der Ereignisse auf dem Gebiete unseres Wirtschaftslebens innerhalb der letzten drei Jahre rollt sich bildhaft vor uns ab beim Lesen des Berichts, den der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes dem Kongress in Leipzig über seine Tätigkeit seit dem Nürnberg-Gewerkschaftskongress erstattet. Der 207 Druckseiten umfassende Band zeigt zunächst die Entwicklung der sozialistischen Gewerkschaften. Aus der langen Tabelle seit 1891 seien hier nur vier Ziffernreihen wiedergegeben, die das Wachstum der Gewerkschaften deutlich erkennen lassen. Die Mitgliederzahl betrug

im Jahre 1891	277 659		
im Jahre 1901	677 510,	davon	23 699 weibliche
im Jahre 1911	2 339 785,	davon	191 332 weibliche
im Jahre 1921	7 720 172,	davon	1 618 296 weibliche.

Die Einnahmen der 58 Zentralverbände im Jahre 1900 betragen 9 454 075 M., die der 52 Verbände im Jahre 1920 747 111 439 M., während im gleichen Zeitraum die Ausgaben von 8 Millionen Mart auf rund 544 Millionen anwachsen und die Vermögensbestände von 7% auf 268% Millionen Mart, ohne die Bestände der Metallarbeiter und der Landarbeiter für 1920. Dem ADGB. gehören nach dem Uebertritt des Zentralverbandes der Angestellten und der Internationalen Arbeiterliga zum AM-Bund noch 49 Verbände an, deren Mitglieder an 1329 Orten zu Ortsausstellungen verbunden sind, die an 172 Orten Arbeitersekretariate unterhalten. In der Berichtszeit hat der Bund trotz seiner sehr beschränkten Räumlichkeiten, die den Bau eines Bureauhauses für seine Zwecke notwendig machen, die gewerkschaftliche Betriebsrätezentrale — in Verbindung mit dem AM-Bund — geschaffen, ein Jugendsekretariat und im März d. J. eine Beamtenzentrale. Seine Buchhandelsabteilung wurde mit 1. September 1921 in eine Verlagsgesellschaft m. b. H. erweitert.

Die Verwirklichung der Drei-Säulen-Idee — ADGB, AM- und Beamten-Bund — konnte mit Rücksicht auf die verschiedenen Strömungen im Beamten-Bund noch nicht erfolgen. Mit der Frage der Organisationsform — Industrie- oder Berufsverbände — die auf dem Leipziger Kongress eine große Rolle spielen wird, hatte sich auch der Bundesvorstand zu befassen.

Den Gewerkschaften in den abgetretenen Gebieten, Ost- und Westpreußen, Posen, insbesondere in Oberschlesien, ist ein besonderes, leider wenig erfreuliches Kapitel gewidmet.

Wiederholt hatte sich der Bund mit Eingriffen in das Koalitionsrecht zu befassen, wozu insbesondere die wilden Streikbewegungen politischer Tendenz beitrugen. Wilde Streiks lehnt der Bund entschieden ab, wendet sich aber auch gegen jede auch nur vorübergehende Beseitigung des Streikrechts, wie auch gegen ein Zwangsfriedensgesetz. Das Koalitionsrecht der Beamten kann nicht bestritten

werden, doch dem Streikrecht der Beamten steht das geltende Beamtenrecht entgegen. Der Standpunkt des Bundesvorstandes in der Frage des Beamtenstreikrechts geht dahin: „Wollen diese Kreise das Recht unbeschränkter Koalitionsfreiheit für sich in Anspruch nehmen, so müssen sie, unter den Voraussetzungen der gegenwärtigen Rechtslage, auf ihre Beamtenstellung verzichten und sich mit der privatrechtlichen Stellung des Arbeiters oder Angestellten begnügen.“ Die Technische Nothilfe wird von den Gewerkschaften verworfen, obgleich sie anerkennen, daß die Lebensinteressen der Allgemeinheit gegen Angriffe durch sinnlose Streiks geschützt werden müssen. Der Bundesvorstand will nun versuchen, eine sachungsmäßige Regelung der Verpflichtung zur Leistung der gewerkschaftlichen Nothilfe herbeizuführen, in Verbindung mit den Fragen der Führung gemeinsamer und der Verhütung wilder Streiks. Da sich mit den Spitzenorganisationen der christlichen und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften ein erträgliches Nebeneinander herausgebildet hat, soll jeder Zwang auf organisierte Arbeiter zum Austritt aus der einen und zum Eintritt in die andere Organisation streng vermieden werden.

Der Rapp-Putsch bildet ein besonders beachtenswertes Kapitel des Berichts. An dem vom Bunde proklamierten Generalstreik ist der „Morgenspaziergang im Tiergarten“ hauptsächlich gescheitert. Zur Unterstützung der Verwundeten und der Angehörigen der Gefallenen sind bis 1. Mai 1922 bei der Sammelstelle des ADGB. insgesamt 662 601,03 M. eingegangen. Die Zahlung der Streiklöhne beim Rapp-Putsch wurde durch Verständigung in der Zentralarbeitsgemeinschaft erreicht.

Durch den Ausfall der Reichstagswahlen wurde die Position der Linksparteien derart geschwächt, daß die Verwirklichung der acht Punkte vom 20. März 1920 auf legislativem Wege in immer weitere Fernen rückte. Dem Rapp-Putsch folgte ein Jahr später der Kommunistenputsch in Mitteldeutschland als Blüte der kommunistischen Agitation, die der Bericht kurz streift. Die Bemühungen des Bundesvorstandes um die Aufhebung der Sondergerichte hatten wenigstens den Erfolg, daß die Verteidigungsmöglichkeit der Angeklagten erweitert und die Verfahren gegen Jugendliche den ordentlichen Gerichten übertragen wurden, bis die Parlamentarisation weitere Erleichterungen brachte und die Sondergerichte in den meisten Bezirken aufhob.

Die Fürsorge für die Arbeitslosen, Feststellung des Umfangs der Arbeitslosigkeit, die Geldunterstützung, die Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten, die produktive Erwerbslosenfürsorge und die sich daraus ergebenden 10 Forderungen des ADGB. vom 26. Februar 1921 an die Regierung beanspruchten die Tätigkeit des Bundesvorstandes in hohem Maße. Die wirtschaftspolitische Gegenwirkung gegen ein weiteres Sinken der Kaufkraft führte den Bundesvorstand im Verein mit dem Vorstand des AM-Bundes zur Formulierung seiner 10 Forderungen vom November 1921 als Richtlinien für ein Steuerprogramm. Der Bericht erinnert an die Gefahr, die ein Umschwung unseres Wirtschaftslebens für die Bestaltung des Arbeitsmarktes bedeutet. Um dieser Gefahr vorzubeugen, hat der Bundesvorstand im November 1921 auch hier eine Reihe von Forderungen aufgestellt. Be-

züglich der Arbeitslosenunterstützung hat sich der Bundesauschuß für das Versicherungsprinzip, an Stelle des auf die Dauer unhaltbaren Fürsorgeprinzips ausgesprochen. Auch zur Bekämpfung der Teuerung, insbesondere auf dem Gebiete der Volksernährung, hat es der Bund an Mahnungen und Warnungen wie an praktischpolitischen und Steuerforderungen nehmen die bereits erwähnten 10 Punkte die erste Stelle ein.

Es ist im Rahmen dieses Artikels nicht möglich, das ganze reiche Tätigkeitsfeld des ADGB. zu umschreiben. Genannt seien noch die Förderung des Wohnungswesens, die Bemühungen auf dem Gebiete der Siedlung und Auswanderung und insbesondere der Sozialpolitik, die ein umfangreiches Kapitel für sich bildet. Hier werden die Sozialisierungsmahnen, das Betriebsrätegesetz, die Schaffung eines einheitlichen neuen Arbeitsrechts, Schlichtungsordnung, gesetzliche Regelung der Arbeitsvermittlung, das Arbeitszeitgesetz, das Tarifvertragsrecht, die neuen Arbeitsgerichte, die Sozialversicherung u. a. m. erörtert. Dem Bauarbeiter-schuß, der Durchführung des Friedensvertrages, dem Wiederaufbau Nordfrankreichs, der internationalen Arbeitsorganisation, der internationalen Gewerkschaftsbewegung, der Frauenarbeit und den Arbeiterinnenfragen sind außer den bereits gestreiften Sachgebieten besondere Abschnitte gewidmet. Den Beschluß machen die Ueberlieferungen über das Bildungswesen, das „Korrespondenzblatt“ und den Nachrichtendienst, die statistischen Arbeiten und Veröffentlichungen, das Kassenwesen, das Zentralarbeitersekretariat, die Volksfürsorge u. a. m. die Zentralarbeitsgemeinschaft und den Vorläufigen Reichswirtschaftsrat.

Alles in allem ein großes Arbeitsfeld, auf dem sich Vorstand und Ausschuß des ADGB. in den letzten drei Jahren betätigt haben.

Von den Delegierten des Leipziger Gewerkschaftskongresses, in erster Linie aber von den Kritikern der Tätigkeit des ADGB. muß erwartet werden, daß sie den Vorstandsbericht zuvor aufmerksam studieren. Nur dann ist eine sachliche Würdigung dieser gewaltigen, vielgestaltigen Gewerkschaftsarbeit möglich. Doch auch den Gewerkschaftsmitgliedern und allen wirtschaftlich und sozialpolitisch interessierten Kreisen, denen der Bericht nach dem Kongress ebenfalls zur Verfügung steht, ist dessen Durchsicht angelegentlichst zu empfehlen. Waren auch die Arbeiten des Bundesvorstandes nicht in allen Stücken erfolgreich, ist manches erst mehr oder minder verheißungsvoller Anfang, dessen Weiterentwicklung meist nur eine Frage der gewerkschaftlichen und politischen Einigung ist, so kann sich die Wirksamkeit des ADGB. doch wohl sehen lassen und einer offenen und ehrlichen Kritik standhalten.

Auch die Sozialdemokratische Partei hat alle Ursache, auf die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften stolz zu sein, ist sie doch zum großen Teil das Werk ihrer Mitglieder. Es gibt keinen Meister an diesem Werk, dessen Name nicht auch in ihrer Geschichte ehrenvoll verzeichnet stünde. Legien und Huere waren die uneren, und Tausende, die in ihrem Geiste weiterarbeiten, sind es noch. Möge der Leipziger Kongress ein Schritt auf dem Wege zur ideellen Vereinheitlichung der ganzen deutschen Arbeiterbewegung, ein Schritt zur Einigkeit werden!

Ultraviolette Strahlen.

Von Dipl.-Ing. Leopold J. Buise.

Läßt man einen Sonnenstrahl auf ein Glasprisma fallen, dann wird der fürs Auge weiche Lichtstrahl in verschiedenfarbige einzelne Bestandteile von sehr verschiedener Wellenlänge zerlegt, die für unser Auge als die Farben des Regenbogens sichtbar sind (rot, orange, gelb, grün, indigoblau, blau, violett). Dieses Farbenbild des durch ein Prisma zerstreuten Lichtstrahles, diese Lichtzerlegung, d. h. das auseinandergezogene Band der von einander getrennten Farben oder verschiedenen Wellenlängen, nennt man das „Spektrum“ der betreffenden Lichtquelle. Jeder Farbton entspricht einer ganz bestimmten Wellenlänge.

Wenn wir nun aber das Spektrum nicht durch ein Glasprisma, sondern durch ein aus Bergkristall (Quarz) hergestelltes Prisma und auch nicht auf einer photographischen Platte auffangen und haben und etwa vorher das violette Ende genau gemerkt, so finden wir beim Entwickeln der Platte, daß das Spektrum bedeutend weiter über das Violett hinausreicht. Hieraus müssen wir schließen, daß jenseits des Violetts Strahlen vorhanden sind, die wir nur mit unserem Auge nicht wahrnehmen können. Der physikalische Apparat stellt dagegen das Vorhandensein dieser über das Violett hinausgehenden Strahlen fest, weshalb sie ultraviolette Strahlen genannt werden. Die ultraviolette Strahlen sind kurzweiliger als die des sichtbaren

Violetts und verbreiten keine oder nur wenig Wärme; man nennt sie deshalb im Gegensatz zu den Wärmestrahlen „kalte“ Strahlen. Sie sind die eigentlich chemisch wirksamen (aktinischen) Strahlen.

Diese ultravioletten Strahlen kann man auch künstlich erzeugen:

Im Jahre 1905 gelang es Dr. Richard Misch, dem Physiker der Hanauer Quarzlampe-Gesellschaft, nach langen mühsamen Versuchen, ein Verfahren zu finden, um Bergkristall (Quarz) zu glasartigen Stücken zu schmelzen, und aus diesem geschmolzenen Quarzglas die sogenannte Hanauer Quarzlampe (künstliche Höhenonne — Original Hanau) herzustellen. Das Licht dieser Lampen ist ungeheuer reich an unsichtbaren, ultravioletten Strahlen, in einer Fülle, wie sie durch kein anderes Mittel der Technik auch nur annähernd erreicht wird.

Bei Erfindung der Lampe suchte man mit diesem Reichtum an Ultravioletstrahlung zunächst nichts Besonderes anzufangen. Erst als die bekannten Schweizer Geräte Dr. Vernhard im Höhenkurort Samaden im Engadin und Dr. Koller im Höhenkurort Lehlin die aussehenderregenden Heilerfolge veröffentlichten, die sie bei chirurgischer Tuberkulose durch Ausnutzung der Hochgebirgssonne erzielten, kam man auf den Gedanken, die Höhensonne künstlich zu erzeugen. Man hatte bald erkannt, daß die Heilwirkung der Hochgebirgssonne nicht auf Sonnenwärme, d. h. auf den roten, warmen Strahlen, sondern auf den unsichtbaren, kalten Ultravioletstrahlen beruht, welche, von Staub und

Auch leicht absorbiert, dem Sonnenlicht der Ebene und des Mittelgebirges fast ganz fehlen. Diese Tatsache führte zu der überragenden Bedeutung, die die künstliche Höhensonne nach Geh. San.-Rat Dr. Bach, Bad Elster, und Prof. Jekonet von der Universitätshautklinik Gießen als Heilmittel in nunmehr 12jähriger Entwicklung erlangt hat. Diese Bestrahlungsapparate senden ohne lästige Hitzeentwicklung mehr heilkräftige kalte, unsichtbare ultraviolette Lichtstrahlen aus als die natürliche Sonne im Hochgebirge. In noch höherem Maße als die Natursonne erzeugen die künstlichen ultravioletten Strahlen im menschlichen Körper eine Ueberfüllung der Hautblutgefäße (Hyperämie). Da die Haut des menschlichen Körpers eine bisher nicht genügend gewürdigte, für die Heilkunst aber ungeheuer wichtige, nach innen gerichtete Schutzfunktion (Etophylogie) besitzt, so bilden sich als Folgeerscheinung der Bestrahlungen nach dieser von den Universitätsprofessoren Erich Gosmann in Bonn bzw. Professor Bruno Bloch in Jülich angegebenen sogenannten „Etophylogie-Theorie“ Schutz- und Heilstoffe gegen zahlreiche Krankheitsgifte auch in lebenswichtigen inneren Organen. Die meist wunderbare Heilwirkung der Bestrahlung erklärt sich dadurch, daß der krankheitsgeschwächte Körper wiederum in die Lage versetzt wird, Krankheitsgegengifte bzw. entgiftende, die Heilung befördernde Stoffe neu zu bilden, und somit instande ist, gegenüber der Erkrankung zur natürlichen Selbsthilfe zu schreiten, wie es der Organismus des Gesunden ohne weiteres dauernd zu tun vermag. Die Ultravioletbestrahlung hat sich deshalb als natürliche,

erfolgreiche Heilmethode auf überaus zahlreichen Krankheitsgebieten erwiesen, besonders bei solchen, wo andere Behandlungsmethoden versagen. Gleichzeitige Bestrahlungen mit Ultravioletlicht pflegen auch die Heilwirkung vieler Medikamente und anderer bewährter Heilmethoden zu verstärken und zu beschleunigen.

Eine Aufzählung der nützlichen Anwendungsgebiete würde den Rahmen dieser Besprechung weit aus überreichen, weshalb auf eine Reihe von Veröffentlichungen namhafter Fachärzte hingewiesen werden muß, die im Sollug-Verlag, Hanau, Postfach Nr. 577 erschienen sind, z. B.: „Die Ultraviolettherapie der Rachitis.“ Von Dr. med. Huldshindt, geb. M. 250. — „Sonne als Heilmittel.“ Von Dr. med. F. Theding, geb. M. 1200. — „Die Bedeutung der verschiedenartigen Strahlen für die Diagnose und Behandlung der Tuberkulose.“ Von Dr. A. Gassul vom Berliner Universitätsinstitut für Krebsforschung. (Mit dem Robert-Koch-Preis für Tuberkuloseforschung gekrönter Monographie), geb. M. 2100. — „Strophulose, ihre Ursachen, Bedeutung und Heilung.“ Von Dr. med. F. Theding, geb. M. 500. — „Licht heilt, Licht schützt vor Krankheiten.“ Von San.-Rat Dr. Freiger, geb. M. 300. — „Wie heilt Tuberkulose?“ Von San.-Rat Dr. Freiger, geb. M. 300. — „Geht den Kindern Sonne.“ — Ein Ratwort an Mütter. Von Oberarzt Dr. Klare, geb. M. 150. — „Die Lichtbehandlung des Haarausfalls.“ Von Dr. F. Kogelschmidt, tart. M. 2700. — „Der Feind nach dem Kriege! Unsere größte Gefahr: die Tuberkulose.“ Von Hyppolyt Meles, geb. M. 300

Gold Igout.
Der Stoff verwendet.
Er ist gut, billig und beständig!
1 H. Zylinder (Schuß) — 1 Pfl. Zucker für M. 1,20
1 Zylinder — 1 1/2 Pfl. Zucker genügt für das
Zell. Raffin. Kalz. etc. etc.
Schuß mit 100 200 u. 300 Zylinder
für M. 2.— 1,50 9.—
Erhältlich in Reformhäusern, Drogeriehandlungen
und Apotheken.

KAISER-BORAX
Für Toilette und Haushalt,
gibt reinen, zarten Teint, frischen
Mund und gesunde Zähne;
ist unentbehrlich für die Wäsche.
Kaiser-Borax-Selle, Toilett-Selle,
hervorragend feine Toilette-Seifen.
Heinrich Mack Nachf., Ulm a. D.

Ziehung 15. u. 16. Juni
Ungenheitsstätten-Lotterie
2000 Gewinne im Gesamtw. von M.
100000
50000
10000
Lose 3.60 M. Postgebühr und
Kaufz. 2.30 Mark
10 Lose 36.— Mark
H. C. Kröger Berlin W8
an d. Leipziger Straße.

SCHUHPUTZ
Servus
Terpentinarware
„Servus“ merke sich ein jeder,
putzt die Schuh“ erhält das Leder.
Chem. Werke Lubszynski & Co. A.-G. Berlin-Lichtenberg

Mit Mittwoch, 7. Juni 1922 verstarb
unser langjähriger Angehöriger und
Mitarbeiter
Herr Karl Schwanbeck
im Alter von 74 Jahren.
Herr Schwanbeck, der vor 2 Jahren
in den Ruhestand trat, hat 32 Jahre
der Halle treue Dienste geleistet und
war uns immer ein lieber Mitarbeiter
und Ratgeber. Wir werden ihm ein
ehrenvolles Andenken bewahren.
Vorstand und Angestellte
der Betriebskassensysteme der Kumpen zu Berlin
Die Beerdigung findet am Sonntag,
den 10. Juni, nachm. 3 Uhr, auf d.
Johannisfriedhof in Wilmersdorf statt.

Für
Gold- u. Silber-
Brillen etc.
zahlt die höchsten Tagespreise.
Juwelen-Einkaufs-
Gesellschaft
Hopenfeld & Co.
Berlin Antwerpen
Beuthstraße 12
(Spittelmarkt)

Thüringer Wald 500-600 m.
Zur Heilung, besonders bei
Nervenleiden, Rheuma, Gicht, etc.
Nachkurort, Eggen, Smok, u. A. u. A.
Friedrichsdorf, (S. 124). Anst.: Friedrichsdorf-Ver. (Waldkurort)

Selt 30 Jahren als stärkstes Radikalmittel berühmt!
Wanzen
und der
Firma **Gitto Reichel, Berlin SO, Sisenbahnstr. 4** Fernsprecher
Moritzpl. 4751-53.

werd. restlos verflügt durch Reichels
Wanzenfluid, Orig.-Pack M. 14.—
25.—, 37.50, 50.— u. 75.— in Drogerien
erhältlich, aber echt nur mit Marke
Tod-Teufel

